Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Ulrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Breslau b. Emil Kabath.

Annoncen-
Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 221.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 28. März
(Erscheint täglich dreimal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen die Petitzeile 50 Pf., sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1878

Amtliches.

Berlin, 27. März. Der König hat dem Ober-Reg.-Rath von Diederichs zu Marienwerder den R. Ad.-Or. 3. Kl. mit der Schleife, dem Steuer-Rath Lotz zu Kassel den k. Kr.-Or. 3 Kl. verliehen; den Stadt Ger.-Rath Dr. Harries hierselbst zum Appell.-Ger.-Rath in Halberstadt, den Stadt-Ger.-Rath Haentzschel in Breslau und die Kreis-Ger.-Räthe Lindner in Ratibor und Moeller in Guben zu Appell.-Ger.-Räthen in Marienwerder, den Kreis-Ger.-Rath Travers in Altona zum Appell.-Ger.-Rath in Bromberg ernannt, sowie dem Kreis-Wundarzt des Stadtkreises Köln, Dr. med. Franz Jakob Leuffen zu Köln den Charakter als Sanitäts-Rath, und den Apotheker Wilhelm Nagell zu Kassel das Prädikat eines k. Hof-Apothekers verliehen.

Der Kaiser und König hat im Namen des Reiches den Kaufmann Karl Bluhm zum Konsul in Vera Cruz ernannt.

Der k. Eisenbahn-Bau-Inspektor Petersen ist von Berlin nach Bromberg, der k. Eisenbahn-Baumeister Massalski von Bromberg nach Osterode und der k. Eisenbahn-Baumeister Michaelis von Jastrow nach Konitz versetzt, und sind diese Beamten mit der Verwaltung von Baukreisen bei der Ostbahn betraut; der Altona-Kieler Eisenbahn-Gesellschaft ist die Erlaubniß zur Anfertigung genereller Vorarbeiten für eine sekundäre Eisenbahn von Tondern nach Hoyer ertheilt worden.

Vom Landtage.

73. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 27. März. 11 Uhr. Am Ministertisch Friedenthal und Falk mit zahlreichen Kommissarien, später Fürst Bismarck. Die Tribünen sind überfüllt, so daß der Verkehr der Journalistentribüne mit den Redaktionen sehr erschwert ist. In der Hofloge befinden sich die Großherzoge von Baden und Weimar.

Der Abg. Hansen (Flensburg) ist gestorben. Das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Die erste Berathung des Nachtrags zum Staatshaushaltsetat für das Jahr vom 1. April 1878–1879, die am Sonnabend nicht zum Abschluß gelangte, wird fortgesetzt. Zunächst giebt der Staatsminister Dr. Friedenthal folgende Erklärung ab: Ich halte mich für verpflichtet, eine in der Diskussion am letzten Sonnabend berührte Angelegenheit, welche ich bedauere, in meiner damaligen Auseinandersetzung übergangen zu haben, im ersten Augenblick, wo ich dies erkenne, klarzustellen. Daß das Abgeordnetenhaus am 9. Februar seine Sitzungen unterbrach, um dem Reichstage Platz zu machen und dem Herrenhaus Zeit zu lassen zur Durchberathung der Einführung der Justizgesetze und daß demgemäß nach Beendigung der Berathung im Herrenhause das Abgeordnetenhaus seine Verhandlungen wieder aufnehmen sollte, auch während der Reichstag versammelt war, beruhte auf einer mündlichen Verständigung zwischen den Präsidenten beider Häuser des Landtages und einigen von dem Staatsministerium hierzu beauftragten Staatsministern (Hört, hört!) Es folgt hieraus von selbst, daß diese Staatsminister vollkommen orientirt wurden über die Absichten und das Vorhaben, die Sitzungen des Abgeordnetenhauses während des Reichstages wieder aufgenommen zu sehen (Hört, hört!), und daß auch seitens derselben ein Einverständniß hierüber konstatirt werden kann. Leider war es durch ein Versehen im Februar unterlassen worden, dem damals beurlaubten Minister-Präsidenten eine Mittheilung hiervon zu machen. (Hört, hört!) Ebenso war es bei einer späteren gelegentlichen Besprechung durch die Schuld derjenigen Minister, die die Gelegenheit nicht genügend wahrnahmen, übersehen worden, dem Ministerpräsidenten den Irrthum zu nehmen, in dem er sich bewegte, daß die Absicht beiderseits vorliege, die Vertagung über die ganze Zeit des Reichstages eintreten zu lassen. Dieser Irrthum also, zu welchem der Ministerpräsident wohlbegründete Motive hatte, findet seine Erklärung in den gedachten Umständen, die rückhaltslos Ihnen vorzulegen ich für meine Pflicht hielt und ich nehme an, daß dadurch die Aeußerung des Ministerpräsidenten ihre Aufklärung gefunden haben wird. (Heiterkeit.)

Abg. Graf Bethusy-Huc: Wir werden für die Vorlage stimmen, wenn wir auch bedauern, daß die Umstände, unter denen sie erfolgt ist, größere Schwierigkeiten erzeugen, als in ihr selbst liegen. Darin liegt keine Schwierigkeit, daß wir augenblicklich keinen Finanzminister haben; denn als 1873 hier der Antrag Elsner, von Gronow und von Wedell-Behlingsdorff auf Abtrennung der Domänen und Forsten vom Finanzministerium verhandelt wurde, erklärte sich der Finanzminister nur deshalb formell dagegen, weil die Staatsdomänen und Forsten den Staatsgläubigern verpfändet seien und deshalb einer besonderen Ueberwachung des Finanzministers unterliegen müßten. Eine ablehnende Haltung hat der Minister nicht eingenommen. Der neue Finanzminister wird in dieser brennenden sein Ressort betreffenden Frage sich nicht in Widerspruch mit den Anschauungen des Staatsministeriums setzen können, und wir brauchen deshalb seine Gegengründe nicht zu fürchten. Ich bedauere, daß wir und die Mitglieder des Reichstags durch die verlängerte Session des preußischen Landtages Opfer an unsern Privatinteressen bringen müssen; denn wenn auch wir in Preußen diese Opfer gern bringen, so kann doch das Zutrauen unserer süddeutschen Reichstagskollegen zu unserer Geschäftsführung und zu Preußens Rücksichtnahme auf die Reichsverhältnisse nicht erhöht werden. Die Vorlage selbst steht auf dem Boden der Verfassung und es ist nicht nothwendig, ihren Inhalt durch ein besonderes Gesetz zu reguliren, wie es der Abg. Miquel will. Es handelt sich hier lediglich um eine Umstellung der Ausgaben aus einem Etatstitel in den anderen und nach dem Oberrechnungskammergesetz kann dies wohl auf dem Wege eines Nachtragsetats erfolgen. Wir würden auch dem zu erwartenden Organisationsgesetz präjudiziren, wenn wir die vorliegende Materie auf gesetzlichem Wege regelten. Auf den stellvertretenden Ministerpräsidenten brauche ich nicht einzugehen, da für denselben wohl die Majorität gesichert ist. Ich wende mich deshalb sofort zu dem projektirten Eisenbahnministerium. Allerdings wird sich dasselbe schwerlich als eine Panacee gegen den herrschenden Nothstand erweisen, aber schon wegen der Mißwirthschaft, die mit den Differenzialtarifen getrieben wird, und um die Realisirung des Reichseisenbahnprojekts anzubahnen, ist es nothwendig, daß die Verwaltung des Eisenbahnwesens in eine energische, sachkundige Hand gelegt wird, die nicht durch Nebengeschäfte von ihrer großen Aufgabe abgehalten wird. Daß wir mit diesem Ministerium dem künftigen Reichseisenbahnministerium präjudiziren, ist nicht zu befürchten. Allerdings wird eine Revision verschiedener Gesetze nothwendig werden, um die Kompetenzen des Handelsministeriums zu reguliren, aber dies könnte leicht durch ein Nachtragsgesetz von 1 oder 2 Paragraphen geschehen. Die Abtrennung der Domänen- und Forstverwaltung vom Finanzministerium und die Uebertragung derselben auf das landwirthschaftliche Ministerium ist nothwendig. Denn nur der landwirthschaftliche Minister, dem zugleich das Domänen- und Forstwesen untersteht, wird auf dem Gebiete der Landes- und Forstkultur die nothwendigen großen reformatorischen Aufgaben vornehmen können, während der Finanzminister lediglich das fiskalische Interesse des Staates im Auge hat und bei Ausbietung der Domänenpachtungen gewissermaßen eine Liquidation eintreten läßt, bei der Kompetenz, die jetzt dem landwirthschaftlichen Ministerium zusteht, kann dasselbe eine segensreiche, reformatorische Thätigkeit nicht entfalten. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß auch unsere große Nachbarfraktion sich der Vorlage gegenüber bei der Abstimmung wohlwollend verhalten wird, denn Alles, was wir seit 10 Jahren erreicht, ist ja nur in Folge der engen Verbindung zwischen der Regierung und den liberalen und gemäßigt konservativen Elementen dieses Hauses zu Stande gekommen. Auf die Erhaltung dieses Bündnisses lege ich Werth eingedenk des Satzes, daß staatliche Gebilde nur durch die Mittel erhalten werden, durch welche sie begründet wurden. Aus diesem Grunde habe ich es auch aufs Tiefste bedauert, daß zu dieser lange bestandenen Real-Union nicht diejenige Personal-Union getreten ist, welche die öffentliche Meinung in den letzten Monaten beschäftigte. Diese Personalunion würde die Realunion am besten garantirt haben. Das Dogma von der großen liberalen und konservativen Partei ist ein Aberglaube, wie Amerika und England zeigen. Beides sind nur Schattirungen derselben Partei, die sich nur bei bestimmten konkreten Fragen trennen, im Grunde aber nur dasselbe Staatsinteresse vertreten. Zum Glück haben wir außerdem noch als dritten Faktor ein selbständiges Königthum, das nach seinen Traditionen weder mit einer radikalen noch mit einer reaktionären Partei regieren kann, sondern sich auf eine große Mittelpartei stützen muß. Allerdings ist meine Hoffnung auf Annahme der Vorlage nur eine schwache und ich richte deshalb für den Fall der Ablehnung an die Staatsregierung die Bitte, mit der Vorlage in einer späteren aber nicht zu fernen Zeit wieder vor den Landtag zu treten. Ich hoffe, daß diese materiell begründete Forderung dann, wenn auch nicht einstimmig, so doch mit großer Majorität die Zustimmung dieses Hauses finden wird. (Beifall rechts.)

Fürst Bismarck tritt ein und läßt sich, während der nächste Redner zu sprechen beginnt, vom Staatsminister Friedenthal die von demselben abgegebene Erklärung in dem stenographischen Manuskript vorlegen.

Abg. Lasker: Als wir der Vorlage den Einwurf entgegensetzten, sie sei im letzten Augenblick, als wir nach Hause zu gehen vermeinten, an uns gelangt, da gab uns der Herr Reichskanzler diesen Vorwurf mit der Versicherung zurück, daß er überhaupt von dem Tagen des Landtags überrascht worden sei. Herr Minister Friedenthal hat heute allerdings erklärt, es sei das verschuldet durch ein bedauerliches Vergessen, die Thatsache dem Reichskanzler mitzutheilen. Der Herr Reichskanzler sagte aber in der vorigen Sitzung: „Ich nahm an und mit mir meine sämmtlichen Kollegen im preußischen Ministerium, daß diese Haltung des Landtages so lange dauern werde, bis das Hinderniß seiner Sitzungen, nämlich die Reichstagssitzungen, aufhörten ... Ich war im Staatsministerium nicht unterrichtet; ich habe meine Herren Kollegen darnach gefragt, ob einer von ihnen amtlich davon unterrichtet war, und sie haben mir das verneint.“ Darüber werden wir wohl noch Aufklärung erhalten. Wenn die Verständigung über eine so bedeutende Thatsache, wie das Zusammentreten der Landesvertretung ist, aufhört, so wird dadurch der Saamen zu Mißverständnissen und Zwietracht ausgestreut, deren Einfluß die menschliche Natur sich nur schwer entziehen kann. Aber alle diese Momente dürfen und werden unserer sachlichen Prüfung der Vorlage und des Grades ihrer Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit keinen Eintrag thun. Vor Allem ist zu beachten, ob nicht Momente heute übersehen werden können, die erst später gegen die Vorlage vorgebracht werden und der Schaden erst sichtbar wird, nachdem wir ihn angestiftet haben.

Meine politischen Freunde und ich sind in der That mit objektiver Ruhe an die Vorlage herangetreten. Für ihre äußere Behandlung wäre eine Ablehnung von vornherein für uns viel einfacher gewesen. Denn Gegner wie eigene Freunde haben daraus, daß wir einen Theil der Vorlage bewilligen wollen, geschlossen, daß wir selbst das Argument der unrechtzeitigen Einbringung der Vorlage zu unserem Nachtheil abschwächen. Diesen Nachtheil nehmen wir in den Kauf.

Was nun zunächst die neu zu schaffende Stelle eines Ministers ohne Portefeuille betrifft, der den Fürsten Bismarck in seiner doppelten Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident und Reichskanzler vertreten soll, so könnte man wohl fragen, ob es ein Vortheil für das Ministerium ist, die Minister ohne Portefeuille zu häufen, ob für die letzteren selbst die mangelnde Ausstattung zuträglich ist und ob es nicht bedenklich ist, das Stimmverhältniß zwischen Ressort- und Nichtressortministern zu verrücken. Aber bereits im Reichstage wußte man, daß der Reichskanzler seinen zuerst ausgesprochenen Gedanken, daß der Finanzminister der berufene Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums und zugleich der Stellvertreter des Reichskanzlers sei, verlassen und unter gegebenen Umständen die Vertretung durch einen Minister ohne Portefeuille für rathsam erachtet habe. Ich verzichte auf jede Kritik derjenigen Form, welche der Reichskanzler für seine Vertretung in Preußen und im Reich für zuträglich erachtet, auch auf etwaige bessere Gründe, die mit der ersten Ansicht des Kanzlers übereinstimmen, weil ich dem Stellvertretungsgesetz nicht die Mittel seiner Durchführung entzieh n will. Auch ziemt es, die Handlungen neu zu berufender Männer abzuwarten, nicht bloß aus Courtoisie, sondern weil die Geschichte lehrt, daß die Männer im Amt oft ganz andere Pläne und Ideen zur Ausführung bringen, als denen sie bei ihrem Eintritt zu dienen vorhatten.

Anders verhält es sich mit den beiden anderen Vorschlägen, welche die höchste Verwaltung und die Zusammensetzung des Ministeriums berühren. Das Ministerium ist ein Kollegium, in das die Minister mit und ohne Portefeuille gleichberechtigt eintreten; außerdem ist es höchste Verwaltungsinstanz und als solche denselben Regeln und Nothwendigkeiten der Stetigkeit und der festen Grundsätze unterworfen, wie die ganze Beamtenhierarchie. Durch fortschreitende politische Wandlungen in den Ministerien kann die materielle Verwaltung des Staates leicht mit in das Schwanken und in die Unsicherheit gezogen werden. Vor Allem dürfen die Organisations-Eintheilungen nicht zum Hilfsmittel der persönlichen Zusammensetzung des Ministeriums gemacht werden, sondern wir müssen untersuchen, ob das Staats-Interesse die Trennung überhaupt und ob es sie jetzt fordert. Würde nachgewiesen, daß jede Verzögerung dieses Beschlusses dem Staat Unheil oder Gefahr brächte, so müßten wir trotz aller Mißstimmung darüber, daß wir so spät mit dieser Frage befaßt werden, uns dennoch entschließen für den Vorschlag zu stimmen. Aber keines von Beiden ist nachgewiesen. Und wenn es gelingen sollte, die Volksvertretung bis zu diesem Grade der Willigkeit abzurichten (Heiterkeit) oder einzurichten (Heiterkeit), daß sie aus einer in ihrem Schooß als zweifelhaft bezeichneten Angelegenheit eine Sache der Ueberzeugung macht, sobald sie von einer großen und gewaltigen Autorität kommt, der man Vieles zu glauben und weithin zu folgen geneigt ist, — dann wird das Ansehen der Volksvertretung geschwächt, ihre Mitwirkung hört auf, nützlich zu sein, und der Konstitutionalismus wird zum Verderben und zu einem Unglück. Bei der nicht eben tief eingehenden Verhandlung im Jahre 1873 über die Trennung der Domänen und Forsten vom Finanzministerium und die Verbindung dieser Verwaltungen mit dem landwirthschaftlichen Ministerium stimmten die liberalen Parteien und die Freikonservativen geschlossen gegen diese Abzweigung, die Konservativen und das Zentrum dafür. Jetzt muthet man den liberalen Parteien zu, in aller Eile die entgegengesetzte Entscheidung zu geben. Der Antrag vom Jahre 1873 wurde damals durchaus nicht etwa als ein Mißtrauensvotum gegen den Minister Camphausen betrachtet, sondern ich habe damals dagegen gestimmt einfach deshalb, weil ich damals nicht im Sinne des Antrages informirt war. Ich lehne auch heute die Vorlage nicht ab, weil ich sie nicht für zweckmäßig halte; ich habe eine materielle Prüfung noch gar nicht eintreten lassen können. Die Frage liegt so einfach nicht. Diejenigen, welche heute die Vorlage befürworten, Graf Bethusy-Huc, Fürst Bismarck und auch der Minister Friedenthal, haben in dieser Beziehung gegen früher ihre Meinung geändert. Ich verdenke ihnen das nicht, es ist geschehen auf Grund besserer Informationen, aber diese sind auch für uns nothwendig. Einige meiner Freunde halten sich bereits genügend über die Rathsamkeit dieser Maßregel informirt und diese werden für dieselbe stimmen, aber man kann denen, welche diese Einsicht noch nicht gewonnen haben, nicht vorwerfen, daß sie mit der Verwerfung nur politische Opposition oder gar politische Nörgelei machen wollen. Minister Friedenthal hat selbst zugegeben, daß selbst nach der Abtrennung der Domainen und Forsten vom Finanzministerium große Aenderungen in den Prinzipien der Verwaltung nicht stattfinden würden, eine große Dringlichkeit ist also aus diesem Grunde nicht nöthig. Diesen Standpunkt hat der Abg. Miquél neulich trotz seiner vielleicht warmen sachlichen Befürwortung der Maßregel richtig präzisirt. Die Vorlage ist auch wie mir von einem Sachkenner aus dem Hause versichert wurde, so eilig ausgearbeitet, daß selbst die kalkulatorischen Bestimmungen vor ihrer Aufnahme in den Etat einer Verbesserung bedürfen. Der Grund, welchen man für die Abzweigung der Forsten und Domainen vorgebracht hat, der Landwirthschaftsminister werde bei der Bewirthschaftung derselben mehr das landwirthschaftliche Interesse berücksichtigen, ist äußerst bedenklich und zu meiner Freude hat der Minister Friedenthal eine entgegengesetzte Erklärung abgegeben. Den weiteren Grund, den die Freunde dieser Maßregel vorbringen, sie wollten gerade aus dieser politischen Konstellation für die Realisirung ihres Lieblingsplanes Nutzen ziehen, kann ich ebenfalls nicht gelten lassen. Die Regierung wird zu gelegenerer Zeit diese Frage abermals zur Diskussion stellen, im anderen Falle ist das durch die Initiative des Hauses möglich. Wenn das Haus diesen Theil der Vorlage ablehnt, so will es damit nur sagen — wie dies bei mir der Fall ist — daß ihm diese Frage noch nicht klar genug geworden ist. Anders verhält es sich mit dem dritten Vorschlage, welcher die Bildung eines neuen Eisenbahnministeriums herbeiführen will. Hier verdichtet sich die rein ressortmäßige Frage zu solcher Bedeutung, daß sie politischen Inhalt gewinnt, und hier sind alle Momente der Erwägung, sowohl die gesetzgeberischen, wie die staatsrechtlichen, die wirthschaftlichen und die politischen gegen die Regierungsvorlage. Es ist dies das erste Mal, seitdem wir eine Verfassung haben, wo wir ein neues Ressortministerium schaffen sollen; es ist also nicht richtig, wenn man sich hierbei auf Präzedenzfälle beruft. Es müßte auch gesetzlich bestimmt werden, in welcher Weise und in welchem Umfange die Konsequenzen auf das neue Eisenbahnministerium übertragen werden sollen. Dazu bedarf es eines eingehenden staatsrechtlichen Studiums über unsere Organisationsverhältnisse und über die Intentionen des Gesetzgebers bei der 1838 erfolgten Errichtung des Handelsministeriums. Dies ist aber nur in einer kommissarischen Berathung möglich. Diese juristischen Fragen müssen zwar beobachtet werden, aber sie lassen sich innerhalb einer gewissen Zeit beseitigen. Aber wie steht es mit der wirthschaftlichen Frage? Können wir neue Organisationen hier schaffen, ohne unsere alten Forderungen bei der Eisenbahnverwaltung, namentlich die Trennung der staatlichen Aufsichts- und Hoheitsrechte von der Verwaltung dabei zu berücksichtigen. Durch die Beschränkung der Funktionen des zuständigen Ministers wird diese Vereinigung noch viel bedenklicher. Wir können jetzt also nicht eine Organisation bewilligen, von der wir wissen, daß sie an sich unzulässig ist, alle Fehler der jetzigen Organisation mit nimmt und vielleicht einige neue noch hinzubringt. Außerdem müßte bei dieser Gelegenheit die künftige Eisenbahnpolitik sachgemäß behandelt werden. Ist nicht Gefahr vorhanden, daß nach der Abtrennung der Eisenbahnen das Handelsministerium leicht ausarte in ein Wolkenkukuksheim? Es fragt sich, ob das beim Handelsministerium verbleibende Bauwesen demselben genügenden Inhalt giebt. Ich lehne also diesen Punkt ab, weil ich dem Versuche entgegentreten will, aus irgend welchen Gründen große Veränderungen ohne vorherige gehörige Diskussion derselben vorzunehmen. Die Vorlage kommt an uns in der Form des Nachtragsetats; diese ist äußerst bedenklich und war bisher bei uns nicht üblich. Dadurch wird dem Herrenhause ein Amendirungsrecht einzelner Etatspositionen gegeben, welches ihm sonst verfassungsmäßig nicht zusteht. Ich bestehe auf dieses unser formelles Recht nicht, wenn es sich um wirklich dringliche Dinge handelt. Sonst halte ich aber das Institut der Nachtragsetats für ein Unheil. Für dringlich halten wir das Gehalt des Vizepräsidenten, dagegen nicht die beiden anderen Punkte der Vorlage. Die Dringlichkeit dieser Vorlage wird nun mit dem augenblicklichen Fehlen eines Finanzministers, der Widerstand leisten könnte, motivirt. Wenn ich von dem unbesetzten Platz des Handelsministers schließen darf, bereitet sich hier auch eine Krisis vor. Vielleicht will man deshalb gerade jetzt das Eisenbahnministerium abtrennen, ehe der neue Handelsminister eintritt. (Heiterkeit.) Für uns ist aber die Abwesenheit der technischen Ressortminister ein wesentliches Hinderniß. Der Augenblick wo die Hälfte der Ressortminister nicht in aktiver Funktion ist, ist nicht zu solchen tiefgreifenden Organisationsänderungen geeignet. In dem demnächstigen Beamtenorganisationsgesetze müssen auch — wie dies zum Theil bereits in dem Kompetenzgesetze geschehen ist — Bestimmungen über die Ministerien als höchste Verwaltungsinstanzen getroffen werden. Vor der systematischen Behandlung dieser Angelegenheit, welche im Anfang der nächsten Session erfolgen muß, können wir also die Regierungsvorschläge nicht akzeptiren. Der Abg. Graf Bethusy-Huc hat einen Appell an uns gerichtet, daß unsere bisherige Verbindung auch dieses Mal nicht ausbleiben möge. Wir werden unseren Grundsätzen getreu jede Vorlage objektiv und ohne alle persönliche Rücksicht prüfen und ihnen zustimmen, sobald wir es mit dem Interesse des Landes vereinigen zu können glauben. Man hat witzweise die Frage aufgeworfen, ob unsere Stellung zu der Vor-

lage dieselbe wäre, wenn das sich vollzogen hätte, was der Abg. Graf Bethusy-Huc so hübsch Personalunion genannt hat. Ich bin der Meinung, daß in diesem Falle die Vorlage gar nicht in der jetzigen Form an das Abgeordnetenhaus gelangt wäre, ich meine jetzt, in dieser Lage, weil diese Zumuthung dann nicht gestellt worden wäre. Wäre sie aber in derselben Weise an uns gekommen, so kann ich für meine Person wenigstens sagen, meine Stellung zur Sache wäre auch nicht im Mindesten verändert. Wenn ein bedeutender Staatsmann mit ungewöhnlicher Genialität Blitzesgedanken hier und da zur Verwirklichung zu bringen weiß, so ist dies ein Segen für das Land. Aber wie alle Vortheile mit Nachtheilen verbunden sind, so ist auch dieses Geschenk nicht umsonst gegeben. Es liegt in der Natur des Genies eine gewisse Ungeduld, das, was es als nothwendig erkannt hat, sofort realisirt zu sehen. Aber eine Volksversammlung mit einer so großen Anzahl von Mitgliedern, welche doch nach eigener Ueberzeugung stimmen müssen, kann sich nicht auch von dieser Genialität gewissermaßen anstecken lassen, um eben so schnell die zu realisirenden Dinge zu realisiren. Dies mag ein Nachtheil des parlamentarischen Wesens sein, aber wir müssen bei uns auf den Durchschnitt der besten Bürger rechnen. Das Parlament muß sich vorsehen, daß es nicht in die Gefahr kommt, heute für gut zu befinden, was es in der nächsten Zeit für schlecht befindet. Selbst dem Fürsten Bismarck hat es sich ereignet, daß er diejenigen Organisationspläne, welche er für die richtigen gehalten, nach kurzer Zeit zu verändern für gut befunden hat. Aber wir, der Durchschnittsmensch, dürfen nicht darauf rechnen, daß die gleiche Nachsicht, wie ihm, uns zu Theil wird, wenn wir heute ganz schnell für das Eine stimmen und nach wenigen Tagen für das Entgegengesetzte. (Rufe: Vor 8 Tagen! Heiterkeit.) Wozu diese Zwischenrufe in persönlich verletzender Form? Wir sind doch nicht hier, um uns wechselseitig so zu behandeln, wie es kein Gentleman in Privatgesellschaft thut (Sehr gut! links.) Es wurde mir zugerufen: Vor 8 Tagen! d. h. bei Gelegenheit des Justizgesetzes, wo wir für einige Punkte anders gestimmt haben, als einige Zeit vorher. Damals handelte es sich um ein großes Gesetz, dessen Zustandekommen wir für unbedingt nothwendig hielten und bei dem uns thatsächlich entgegentritt, daß ein anderer Faktor es zu Falle bringt, wenn nicht bestimmte Punkte konzedirt werden. Wir sind tagtäglich in der Lage, bei bestimmten Punkten unsere Einzelansicht aufgeben zu müssen, um ein großes Gesetz, welches dem Lande unentbehrlich ist, zu Stande zu bringen. Aber liegt denn dieser Fall hier vor? Wir haben hier eine Frage der Organisation, über die wir uns in wenigen Tagen entscheiden sollen; und wenn wir vielleicht nach sechs oder acht Wochen oder nach einem halben Jahre zusammenkommen, so kann die Ansicht der Regierung gewechselt haben über das, was nun rathsam ist in der Organisation, und man erklärt: wir haben uns im vorigen Jahre geirrt; deshalb glaube ich, kein persönlich ärgerliches Moment in die Debatte hineinzutragen, wenn wir erklären: sind die vorgeschlagenen Organisationen gut, werden noch Mittel nothwendig sein, um diese Organisationen ganz und voll und nicht theilweise durchzuführen, so werden wir dazu dann im Stande sein, wenn die Zeit für die Verhandlungen sein wird, in denen uns der Reichskanzler in voller Unbefangenheit gegenüber der Vorlage finden wird. Aber wir können nicht im letzten Augenblicke des Auseinandergehens, gedrängt von den Verhandlungen des Reichstages, ohne uns von der Nothwendigkeit der vorgeschlagenen Veränderung überzeugt zu haben, diese Veränderungen zugeben, in einer Zeit, in welcher anerkanntermaßen das Ministerium auch in vollständiger Umwandlung begriffen ist. Wir können nur das Eine antworten, was meiner Ueberzeugung nach ohne reifliche Erwägung der Sache selbst geantwortet werden kann: non liquet. Wir sind nicht im Stande, zur Zeit die Sache anzunehmen und lehnen sie deshalb ab. (Beifall.)

Staatsminister Friedenthal: Ich muß den von mir schon berührten Punkt nochmals besprechen, weil der Herr Abg. Lasker nicht die Güte gehabt hat, meinen Ausführungen genau zu folgen. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß eine Benachrichtigung des beurlaubten Herrn Reichskanzlers über die mit den Präsidenten beider Häuser des Landtages getroffenen Verabredungen unterblieben ist und daß auch bei einer späteren gelegentlichen Besprechung durch die Schuld der Berufenen der Irrthum des Reichskanzlers nicht aufgeklärt worden ist. Die Klarheit der Sache ist so auf der Hand liegend, daß nur Jemand, der die Sache breit treten will, daran weitere Auseinandersetzungen knüpfen kann. Die Abstimmung, welche über die Lostrennung der Forsten und Domänen im Jahre 1873 stattgefunden hat, hatte keinen entscheidenden Charakter. Damals wurde der Antrag eingebracht ohne Verständigung mit der Regierung, er wurde ohne weitere Motivirung aus den verschiedenartigsten Beweggründen abgelehnt nach einer oberflächlichen Debatte; und selbst die, welche sich negativ verhielten, waren zum großen Theil keine Gegner der Maßregel. Eine solche Abstimmung kann man nach einer Reihe von Jahren nicht mehr gegen Jemand ins Feld führen. Der Abg. Lasker meinte dann, das Handelsministerium würde nach Abtrennung der Eisenbahnen ein schwaches Ministerium sein, während ich doch selbst es für das landwirthschaftliche Ministerium beklagt hätte, daß sein Ressort so unbedeutend sei. Handel, Gewerbe und Bauwesen, sowie die ganze Bergwerksverwaltung bleiben dem Handelsministerium, und besonders die öffentlichen Bauten, ebenso die Bergwerksverwaltung haben ein so zahlreiches technisches Personal, daß von nicht ausreichender Beschäftigung eines Ministers kaum die Rede sein kann. Was meine Meinungsänderung angeht, so kann ich dem Abg. Lasker nur erwidern, daß ich ihn bei einem weiteren Eingehen auf die konkreten Verhältnisse, wozu er ja auch geneigt ist, eines Besseren belehren könnte; jedenfalls ist dieser Umstand kein Grund, die Vorlage abzulehnen. Ein Hauptgrund, die Sache schnell zu machen, ist das Fehlen des Finanzministers; denn ein neuer Finanzminister würde doch nothwendig die Verpflichtung fühlen, für diese wichtigen und wesentlichen Theile der Verwaltung gewisse leitende Maximen aufzustellen. Können Sie nun von einem Finanzminister verlangen, daß er in dem Gefühl, daß ein großer Theil seines Ressorts in der Abtrennung begriffen ist, sich mit der nöthigen Pflichterfüllung diesen Angelegenheiten widmet? Damit würde ein Interimistikum, ein Interregnum, ein Mangel an Initiative eintreten, der für Administrationen großer Vermögensobjekte erhebliche Nachtheile mit sich führt. Die Uebertragung der Forsten und Domänen an das landwirthschaftliche Ministerium bietet wesentliche Vortheile; daß ich es besser machen würde, habe ich nicht gesagt; aber wenn der Finanzminister der Träger anderer großer Aufgaben des Staates ist, so ist der landwirthschaftliche Minister der charakteristische Träger der Landeskulturaufgaben. Wenn Sie die Maßregel annehmen, so werden Sie damit dem Wunsche des Landes entsprechen.

Fürst v. Bismarck: Ich habe nicht geglaubt, daß ich mich dem Abg. Lasker gegenüber betreffs meiner bonna fides zu vertheidigen haben würde, mit der ich in der vorigen Sitzung versichert habe, daß ich bis zu einem gewissen Zeitpunkt überzeugt gewesen wäre, der Landtag würde während der Reichstagssession nicht zusammen kommen, sondern erst nach Ostern. Der Minister Friedenthal hat mir in dankenswerther Weise sein Zeugniß dafür ausgestellt, daß ich mich wirklich bona fide in der Ueberzeugung befunden habe und habe befinden können. Zur Begründung dieser Ueberzeugung haben wesentlich die Reden des Abg. Lasker im Februar beigetragen, denn es ist eine Eigenthümlichkeit vielleicht nur der Zeitungen, die ich halte, daß sie nur die Reden meines Nachbars (Lasker) mit einer gewissen Ausführlichkeit giebt, und daß die Wirkung, die sie haben, nicht immer ersichtlich ist aus den Auszügen, die für denjenigen, der nicht Zeit hat, die stenographischen Berichte zu lesen, allein maßgebend sind. Ich hatte damals, als ich mich in Urlaub befand, gerade in den Zeitungen die Reden des Abg Lasker gelesen, von denen ich glaubte, daß sie, wie gewöhnlich, maßgebend sein würden und sich durch die Majorität in seiner Ueberzeugung gedeckt finden würde. Ich entsinne mich noch ganz genau, daß er berechnete, wie viel die Vertagung kosten würde, wenn der Landtag inzwischen nicht geschlossen würde, es war, glaube ich eine halbe Mill. Mark, und daß ich damals ausrechnete, daß das ungefähr den von mir angenommenen Betrag der Diäten auf 84 Tage decken würde und daß, vom 6./7. Februar an gerechnet, diese 84 Tage Ende April ungefähr ablaufen würden. (Heiterkeit) Außerdem war in den Reden des Abg. Lasker ausdrücklich dreimal von einer unmittelbaren Nachsession nach Ostern die Rede und der Herr Abgeordnete wird es mir am wenigsten vorwerfen, wenn ich mich daran gewöhnt habe, seinen Einfluß zu überschätzen (Heiterkeit) und nicht von vornherein geglaubt habe, daß er in diesem Falle gerade nicht durchdrungen ist. Ich bin in der Ueberzeugung hierher gekommen, daß die Sitzungen des Reichstages nicht unterbrochen werden dürften durch die Landtagssitzungen, sondern daß dieselben Rücksichten, welche den Landtag veranlaßten, seine Sitzungen zu schließen auf die Gefahr hin, wesentliche Gesetze nicht zu Stande kommen zu lassen, ihn auch abhalten würden, während der Sitzungen des Reichstages die seinigen wieder eintreten zu lassen. Wenn zwischen mir und meinen Kollegen Verhandlungen darüber nicht stattgefunden haben, so erklären sich die Meinungsverschiedenheiten leicht dadurch, daß ich allein derjenige bin, der die Interessen des Reichs vertritt, und ich würde, wenn ich ausdrücklich gefragt worden wäre, als Reichskanzler nie dem Gedanken zugestimmt haben, daß gerade Preußen das Beispiel gebe, Landtagssitzungen während des Reichstages zu halten. Ich bin nicht gefragt worden, und ich weiß nicht aus welchen Gründen Der Abg. Lasker hat dann Bezug genommen auf die Frage, die ich im Staatsministerium gestellt habe und auf meine neuliche Aeußerung darüber, um nachzuweisen, daß doch irgendwie etwas Unklares obwalte, daß irgendwo der Wahrheit zu nahe getreten sein müsse. Ich muß nun auf das Bestimmteste in Abrede stellen, wenn der Abg. Lasker sagte: es müsse also doch eine Verhandlung im Ministerium darüber stattgefunden haben. Das war nicht der Fall. Es war bei Gelegenheit einer Verhandlung über die jetzige Personalfrage im Ministerium, die bei Gelegenheit einer Sitzung des Reichstages stattfand, wo ich gewissermaßen in Parenthese mitten zwischen anderen Fragen diese Frage stellte und wo es leicht möglich ist, daß bei der Kürze und bei der abrupten Art, in der ich die Frage stellte, die anwesenden Herren Minister mich falsch verstanden und theils verneinend, theils schweigend antworteten, um so möglicher, als einer der beiden Minister, die wahrscheinlich mit einzelnen Abgeordneten und Mitgliedern des Herrenhauses die Sache besprochen haben mögen, der Minister Camphausen, in jener Sitzung schon nicht mehr zugegen war. Mißverständnisse kommen ja vor, ich glaube, Irrthümern sind wir ja alle unterworfen und auch mein Nachbar, so sehr ich die Lucidität seines Urtheils anerkenne, wird oft mit mir in die Lage kommen, daß er etwas nicht gewußt hat, was er vielleicht in seiner Stellung als Abgeordneter bei etwas größerer Anstrengung hätte wissen können. Ich möchte bitten, solche menschlichen Vorkommnisse doch gegenseitig mit etwas mehr Nachsicht zu behandeln, als es hier der Fall gewesen ist. Ich will auf die Thatsache nicht weiter zurückkommen, sondern nur wiederholt versichern, daß ich bona fide geglaubt habe, es würde erst nach Ostern der Landtag wieder zusammenkommen, und daß ich, wenn ich es anders gewußt hätte, — namentlich darauf halte ich, das den übrigen deutschen Staaten gegenüber zu konstatiren — als Reichskanzler dieser Einrichtung widersprochen haben würde. Die Frage, warum wir uns nicht früher über diese Dinge schlüssig gemacht haben, will ich mit wenig Worten berühren. Einmal bin ich, der ich sie hauptsächlich betrieben habe, in einem Zustande von Krankheit hierher gekommen, der mir nur wenig Arbeitsstunden täglich, und namentlich sehr wenig Verkehr mit meinen Kollegen gestattete; trotzdem werde ich stets als ein kerngesunder Mensch behandelt. Ich hatte gemeint, daß die Ueberzeugung, welche ich seit 15 Jahren habe, von den meisten wohlgesinnten Menschen mit mir getheilt würde, daß sie wie eine reife Frucht am Baume hängt und nur abgeschüttelt zu werden braucht. Ich habe mich darin also geirrt, aber ich glaube, es liegt doch auf der Hand, daß diese Vorlage erst dann im Staatsministerium zum Abschluß gebracht werden und Ihnen zugehen konnte, nachdem im Reichstage das Gesetz über die Stellvertretung zum Abschluß gebracht worden war; wenn diese Vorlage im Bundesrathe nicht akzeptirt worden wäre, so wäre zu einer Verhandlung dieser Art kein Anlaß gewesen, wir hätten uns wie bisher in der Stellvertretung des Reichskanzlers begnügen müssen. Was die Uebertragung der Forsten und Domänen betrifft, so gestehe ich ganz offen, daß ich bei der mir bekannten Abneigung des früheren Finanzministers gegen diese Abtrennung, so lange er Minister war, und bei dem hohen Werthe, den ich darauf legte, mit ihm zusammenzuarbeiten, den Versuch nicht erneuert habe, ihm gegenüber diese Sache durchzubringen; hätte er auf seiner Weigerung bestanden, so wäre es zu einer Krisis zwischen uns gekommen, die ich nicht suchte, indem ich Werth darauf legte, mit einem so erfahrenen und in seinem Fache so bedeutenden Kollegen weiter zu arbeiten, so lange sachliche Motive uns nicht trennten. Der Abg. Virchow hat sich über unser kollegiales Verhältniß dahin geäußert, als wenn ich aus Unverträglichkeit dahin wirkte, alle Minister nacheinander abzuwirthschaften, und nachher noch mit einem gewissen Hohn von ihnen zu sprechen, das ist eine vollständig unrichtige Auffassung. Ich habe eben angeführt daß ich meine persönlichen Wünsche so lange habe zurücktreten lassen, bis der Moment gekommen war, wo ich seinen Widerstand nicht mehr zu fürchten brauchte. Es hat mich angenehm berührt, daß sich der Abg. Virchow in der Strenge seines Urtheils und in der Gegnerschaft seiner Haltung in Bezug auf den Minister sofort mindert, wenn sie nicht mehr Minister sind; ich hoffe, daß er auch mich, wenn ich nicht mehr Minister bin, günstiger beurtheilen wird, als in der Vergangenheit. (Heiterkeit.) Seine Anhänglichkeit an den früheren Bestand des Ministeriums giebt mir die Hoffnung dazu, wenn ich mich seiner Kämpfe mit den Ministern Eulenburg und Camphausen erinnere. Ich will einige Punkte berühren, die der Abg. Lasker in seiner Rede vorgebracht hat. Er sagte, ich hätte behauptet, nur der Finanzminister könne der Stellvertreter des Kanzlers sein; mit dieser Bestimmtheit habe ich das nicht gesagt; ich habe ihn nur als den natürlichsten Vertreter bezeichnet, ich bin aber dabei der Meinung gewesen, daß bei dem großen Umfang der Geschäfte des Finanzministers an sich, besonders wenn er eine Einwirkung auf die Reichsfinanzen ausüben soll, wie sie in Aussicht genommen, und wenn diese Arbeit noch gesteigert wird durch die Stellvertretung des Ministerpräsidenten — es nicht möglich sein würde, allgemein einen solchen Satz aufzustellen. Es nützt der Sache nichts, mir solche Widersprüche nachzuweisen, das ändert in der Sache nichts; der Minister ist doch auch nur ein Mensch, der wie jeder Andere die größten Albernheiten reden kann, wenn er nicht in guter Stimmung oder bei klarem Urtheil ist. Es heißt immer, der Ministerpräsident hat gesagt u. s. w.; damit geben wir der Sache, ich möchte sagen, eine persönliche Tournüre und verlieren unsere Zeit damit. In Bezug auf die Dringlichkeit der scheinbar gleichgültigen Uebertragung der Forsten auf das landwirthschaftliche Ministerium war für mich der Gesichtspunkt maßgebend, daß dem Finanzminister mehr Zeit geschaffen werden mußte; wenn er ein gewissenhafter Mann ist, kann er sich in die Forstsachen nicht so hineinarbeiten, wie sein Gefühl der Verantwortlichkeit es verlangt, ohne dabei seine übrigen Geschäfte in den Hintergrund treten zu lassen, namentlich die Geschäfte der Gesetzgebung, und ich habe das Gefühl, daß wir auf dem Gebiete der Finanzgesetzgebung seit mindestens 12 Jahren durch die Ueberbürdung des Ministeriums zurückgeblieben sind. Auf dem Gebiete der Finanz-, Zoll- und Steuergesetzgebung haben wir noch vieles nachzuholen, um auf das Niveau anderer Kulturstaaten, wie England, Frankreich, Oesterreich und auch Rußland zu gelangen, die uns in dieser Beziehung übertreffen. (Sehr richtig.) Der Abg. Lasker hat uns die Flüchtigkeit der Kalkulatur vorgeworfen. Sie wollen darin nur unseren Eifer erkennen, Sie nicht lange zu belästigen und Ihnen möglichst schnell dasjenige zu liefern, was wir für nothwendig hielten. Ich stand vor der Wahl, mit der Vorlage bis zu dem Zeitpunkt zu warten, an dem, wie ich glaube, Ihre Sitzungen von Neuem aufgenommen wurden, also nach Ostern oder gleich eine schleunige Vorlage einzubringen. Wenn ich das zweite gewählt, so ist das vielleicht ein Fehler gewesen. Ich wollte Sie aber nicht lange belästigen, und ich nahm thörichter Weise an, daß wir alle über die vorliegenden Punkte einig wären. Ich bitte Sie um Verzeihung, wenn ich aus Gutmüthigkeit dieses Verfahren eingeschlagen habe; es soll nicht wieder vorkommen. (Große Heiterkeit.) Es handelte sich eben darum, mehr als 400 vielbeschäftigte Männer nicht unnöthig aufzuhalten. Die Schöpfung eines Eisenbahnministeriums schien mir ferner sehr dringlich. Wir haben nicht eine ausgedehnte Aenderung aller über diese Angelegenheiten bestehenden Gesetze in Anspruch genommen, sondern das Bedürfniß war hauptsächlich aus anderen Motiven entsprungen. Es sollte ein sachkundiger Mann, der direkt die Verantwortung für den Eisenbahnbetrieb, für die Aufsicht und Leitung desselben übernehmen konnte, damit betraut werden; die Gesetze können gerade so bestehen, wie sie bisher bestanden haben Wenn der Ausdruck „Handelsminister“ maßgebend u. entscheidend sein soll, so mag der bisherige Handelsminister diese Funktionen fortsetzen; es ist ja von einigen Herren gesagt worden, daß es nützlicher wäre, die gesetzlichen Attribute dem Handelsminister zu belassen. Für mich existirt nur das Bedürfniß, den Staatsbetrieb so schnell als möglich zu reformiren, und ich bin zu der Ueberzeugung, daß diese Reformen dringlich sind, besonders durch die Beschwerden anderer Verwaltungszweige gekommen. Es sind dies eigentlich Beschwerden der kaiserlichen Post- und Telegraphenverwaltung, die darüber in einem dicken Heft in vielen Nummern klagt, daß sie wegen mangelhafter Berücksichtigung der Postinteressen beim jetzigen preußischen Handelsministerium als Aufsichtsbehörde Gehör nicht finde und dauernd nicht finde, daß sie Entscheidungen über ganz nothwendige Dinge nicht erlangen könne. Es kommen da Klagen vor, daß beispielsweise die Züge, von welchen der Postbetrieb abhängig ist, ohne vorgängige Benachrichtigung der Post plötzlich abgeändert werden, obschon gesetzlich feststehe, daß die Züge unter Mitwirkung der Postverwaltung — damals, wie sie noch preußisch war — geregelt werden sollten. Seit die Post Reichsinstitut geworden ist, hat man geglaubt, sich der Rücksichtnahme auf diese ausländische Institution (Heiterkeit) entschlagen zu können. Der Postlauf ist dadurch, durch die plötzliche Aenderung der Züge auf den Staatsbahnen, wesentlich in Unordnung gekommen. Man hat sich beklagt, und thut es noch, daß man sich weigere, die Post auf den Schnellzügen mitzunehmen und vertröstet sie auf langsamere Züge. Bei Unglücksfällen bleiben die Postwagen liegen, während die Personenwagen weiterfahren. Bei einem Unglück zur See ist bekanntlich jeder Kapitän zunächst beflissen, die Post zu retten. Es haben lange Verhandlungen darüber bestanden und ich habe mit militärischer Reichshülfe drohen müssen, weil man gewaltsam die Postbeamten gezwungen hat, beim Rangiren die ihrer Obhut anvertrauten Postwagen mit ihren Geldern und Briefschaften vollständig zu verlassen, auszusteigen, sich auf den Perron zu begeben und den von ihnen verantwortlich beaufsichtigten Wagen im Dunkeln verschwinden zu lassen, und erst hernach wieder einzusteigen, und zwar aus welchem Grunde? Die meisten Unglücksfälle passirten beim Rangiren und die Haftpflicht der Eisenbahnen würde daher höher belastet, wenn Postbeamte beim Rangiren beschädigt würden. Man verweigert den Briefboten die Betretung des Bahnkörpers zur Bestellung der Briefe an diejenigen Beamten, die nur durch Betretung des Bahnkörpers erreichbar sind. Infolge dessen müssen Briefe, die an solche gerichtet sind, als unbestellbar zurückgesandt werden. Man verweigert den Staatstelegraphenleitungen den Eingang in diejenigen Postanstalten — nachdem Post und Telegraphie vereinigt sind — die sich innerhalb der Bahnhöfe befinden. Und am Eigenthümlichsten finde ich die Streitigkeiten und die Exklusivitäten, welche bei Neubauten auf Eisenbahnen, nicht blos Privatbahnen, stattgefunden haben. Hat die Post den Wunsch, 2 oder 3 Zimmer zu haben für ihren Dienst im Bahnhofe, in wüsten Gegenden, wo das Bauterrain wohlfeil ist, so ist ihr dieser Wunsch in allen Instanzen rundweg abgeschlagen worden, so daß die Post genöthigt war, sich zur Unbequemlichkeit des Publikums jenseits der Straße ein Haus zu bauen und beide fiskalischen Zweige wurden unabhängig von einander in Betrieb gesehen. Es erfordert aber der Bau eines Posthauses etwa 7 bis 8000 Thaler, unter 6000 Thlr. fast nie, daß nun derselbe preußische Fiskus, der in beiden Fällen vertreten ist, zu den Kosten eines Neubaues 8000 Thaler oder etwa 5000 Thlr. beitragen muß, und daß er mit nur 1000 Thlr abgekommen wäre, wenn er in seinem Gebäude die Post zugelassen hätte, — das zu ändern haben wir im Hause gar kein Interesse, weil Keiner sich verantwortlich fühlt, und weil das eine Ressort vom andern gewissermaßen immer als feindliches Ausland behandelt und geschädigt wird. Es zeigt sich dies in hohem Maße, wie neulich schon berührt, bei der Thätigkeit unserer Staatsbahnen in Bezug auf den Holztransport. Der Reichskanzler geht nunmehr auf die Einfuhr der Lohe aus Ungarn und die Schädigung der preußischen Industrie näher ein; durch die Regierung seien viele Leute zur Anlage von Schälwaldungen veranlaßt worden, die durch den Import der ungarischen Lohe nicht gewinnbringend seien; mindestens müßten die preußischen Bahnen die inländischen Produkte zu denselben Preisen fahren wie die ausländischen. Der Reichskanzler theilt dann dem Hause aus einem Berichte der Forstbehörden mit, daß das Jahr 1877 gegen 1876 einen Ausfall von 8,000,000 Mk. aus den Einnahmen der Forsten ergeben habe; das finde zunächst in der Ungunst der wirthschaftlichen Verhältnisse, dann aber in dem Import fremden Holzes seine Erklärung. In Hannover z. B. koste der Transport von Holz von einer 1400 Km. entfernten Station 28—33 Pf. pro Zentner und Kilometer, im hannverschen Verkehr aber 43—50 Pf., oder es werde auf ausländische Hölzer pro Waggon von 200 Zentner eine Bonifikation von 117 Mk. (gegenüber dem inländischen) gelegt. Wie weit dies auf die Nahrungsverhältnisse einwirkt, könnte ich Ihnen aus Schlesien beweisen — fährt dann der Reichskanzler fort — wo alle Kleinindustrie, in den Schneidemühlen und beim Holzschlagen augenblicklich darnieder liegt; die Fuhrleute, welche das Holz von und nach den Schneidemühlen befördern, haben nichts zu thun; ja sie müssen noch sehen, wie galizische und ungarische Hölzer durch ihre Wälder durchgefahren werden. Eichene Parquets gehen aus Ungarn nach Paris, die Produkte der näheren Fabriken Westfalens und Rheinlands stehen aus Mangel an Beschäftigung still, lediglich infolge der Differentialtarife. Diesen durch die bestehenden Eisenbahnverhältnisse dienstlich geschaffenen Mißständen gegenüber, die eine erhebliche Schädigung des Forstbesitzes, unseres Handels und unserer Industrie veranlassen und die Steuerkraft des Landes abspannen, ist eine schleunige Abhilfe dringend geboten. Wenn der Abg. Lasker meint, was der Minister Friedenthal schon erwähnte, daß im Handelsministerium nicht genug Beschäftigung vorhanden wäre, wenn die Eisenbahnen abgezogen würden, so muß ich daraus den Schluß ziehen, daß im heutigen Handelsministerium die Eisenbahnen die Hauptsache sind und daß namentlich ihre Reform daher die dringlichste sei, die überhaupt angestrebt werden kann. Damit komme ich auf das Gebiet des Handels und Verkehrs und daß wir unsere finanzielle Schwerkraft im Steuer- und Tarifwesen zu finden haben werden. Wenn aber im Handelsministerium das Eisenbahnwesen augenblicklich das schwerste Gewicht hat, und wenn wirklich ein Personenwechsel, was noch nicht feststeht, eintreten sollte, so muß das Handelsministerium zunächst in die Hände eines besonders für Eisenbahnen sachkundigen Mannes gelegt werden. (Hört, hört!) Ja, hört, hört, das ist meine Ansicht. Ich werde vielleicht im Laufe der Debatte darauf nochmals zurückkommen und bitte um Entschuldigung, wenn für den Augenblick meine Erschöpfung mich abhält, zum Schluß zu gelangen.

Abg. v. Rauchhaupt: Gegenüber der von dem Abgeordneten Lasker geäußerten Befürchtung, glaube ich, daß die rechte Seite des Hauses den Beweis geliefert hat, daß sie sehr wohl eine eigene Ueberzeugung besitzt. Ich möchte nun diejenigen Mitglieder des Hauses bitten, welche seit zwölf Jahren mit uns an der Befriedigung der realen Bedürfnisse des Landes gearbeitet haben, sich heute nicht von uns zu trennen. Wir schätzen die Objektivität, mit welcher die Abgg. Miquel und Lasker diesen Gegenstand behandelt haben, aber es fehlt ihnen dieses Mal diejenige Freudigkeit, mit der sie sonst den Fürsten Bismarck unterstützten, wenn er mit seinen Ansichten, den Bedürfnissen des Landes zu genügen, offen hervortrat. Immerhin sticht ihre Haltung sehr vortheilhaft ab von dem Tone, den der Abg. Virchow angeschlagen hat. Wir bitten Sie aber im Interesse des Landes darum, nicht den bloßen Standpunkt der Verneinung und der zeitwe[illegible] Ablehnung beizubehalten. Virchow ist in einen Ton verfallen, der [illegible] lebhaft an die Konfliktszeit erinnert hat; er hat die Vorlage positiv abgelehnt, obwohl Fürst Bismarck sie als nothwendig erklärt hat. Die nationalliberale Partei deren Geburtsstätte das Arbeitskabinet des Fürsten Bismarck und deren Geburtsstunde die Zeit des Ausmarsches nach Oesterreich ist, hat keine Veranlassung, ebenfalls diesen Ton an-

zunehmen. Virchow hat seinen Spott darüber gehabt, daß der Reichskanzler sich hier immer als den schwächsten Mann darstelle, während er im Auslande als der eiserne Kanzler bekannt sei; ich glaube, die nationalliberale Partei ist mit uns dafür dankbar, daß der Reichskanzler trotz seiner Schwäche noch immer im Stande ist, das Regiment zu führen. Wir würden es beklagen, wenn wir uns heute trennten und glauben, daß es nützlicher sein wird für die Entwickelung des Landes, wenn wir zusammen stimmen. Wir wünschen dieses, weil auch wir das Zustandekommen jener Kombination erstreben, die ein gemeinsames Vorgehen ermöglicht. Es kommt mir so vor, als ob die nationalliberale Partei im gegenwärtigen Augenblick zu vergleichen ist mit einem lebensfrischen blühenden Mädchen, welches seinen Bewerber abweist (Heiterkeit), weil es vorzieht, zu ihm in einem mehr äußerlichen, die Nerven erregenden Verhältniß zu bleiben; aber ich fürchte, daß sie hier die Rolle der alten Jungfer spielen wird, die zu ihrem Jugendgeliebten endlich zurückkehrt und nicht die, wenn ich so sagen darf, Mesalliance mit der Fortschrittspartei schließt. Wenigstens in den neuen Landestheilen würde die nationalliberale Partei eine Trennung von dem Fürsten Bismarck nicht vertragen, und das muß ich doch noch sagen, daß die Konservativen aus den neuen Provinzen mir noch nicht willkommen sind. Was nun die Vorlage selbst betrifft, so sind die Anklagen gegen dieselben ja allseitig beleuchtet worden; aber wenn wir die nebensächlichen, nicht zur Sache gehörigen Fragen aus dem Auge lassen, so ist die Vorlage ein absolutes Bedürfniß für uns. Die Uebertragung der Kompetenzen hinsichtlich der Forsten und Domainen auf das landwirthschaftliche Ministerium hat gar nichts Bedenkliches. Schwieriger ist die Frage wegen der Eisenbahnen. Hier machen auch wir der Regierung den Vorwurf, daß sie nur eine Etatänderung mit lückenhafter Motivirung gebracht hat. Wenn die Motive nur die leiseste Andeutung darüber gebracht hätten, daß die Ressortverhältnisse durch eine königliche Verordnung geregelt werden würden, dann wären wohl die letzten Bedenken gehoben worden. Alles was durch Gesetz dem Handelsminister übertragen ist, müßte freilich auch gesetzlich auf den neuen Eisenbahnminister übertragen werden; das ließe sich aber in einem Paragraphen formuliren, der bei einigem guten Willen zu Stande kommen könnte. Hinsichtlich der gesammten Kompetenzen des Handelsministers bezüglich der Eisenbahnen bin ich nach eingehender Betrachtung zu dem Resultat gekommen, daß alle Befugnisse aus dem einschlägigen Gesetz von 1838 und der Verordnung von 1848 auf den neuen Eisenbahnminister übertragen werden können. Der Eisenbahnminister ist dieser Seite des Hauses außerordentlich sympathisch, weil er einem schon lange von uns gehegten Wunsche entspricht. Ein selbstständiger Minister, welcher dieses Gebiet zum eigentlichen Gegenstande seiner Studien macht, wird bei dem jetzigen System, wo der Staat durch die von ihm bevorzugten Bahnen, die Privatbahnen gewissermaßen todtfährt, unmöglich verharren und wird uns aus der jetzt herrschenden Misere herausziehen. Ich habe deshalb gar keine Veranlassung, der Vorlage nicht zuzustimmen, besonders da in den neuen Landestheilen im Jahre 1867 alle betreffenden Befugnisse durch k. Verordnung auf den Handelsminister übertragen worden sind, und zwar fast mit denselben Worten, welche die Vorlage hat. Die Ressortstreitigkeiten, welche sich zwischen den einzelnen Ministern entwickeln könnten, zu prüfen, ist nicht unsere Sache; diese werden schon im Staatsministerium, nöthigenfalls durch k. Aenderung beigelegt werden. Ich bitte Sie deshalb, der Volage, so wie sie liegt, Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Abg. Windthorst (Meppen): Wir befinden uns in einer höchst sonderbaren Situation. Der Finanzminister ist gegangen, ohne daß sein Portefeuille Jemandem anders übertragen ist. Der Minister des Innern ist auf Urlaub. Der Handelsminister ist abwesend und wird dazu wohl seine triftigen Gründe haben. In diesem höchst defekten Zustande plant die Regierung die größten Veränderungen. Bisher sind wir in der glücklichen Lage gewesen, ein fest besetztes kollegialisch geordnetes Ministerium in Preußen zu besitzen; diesen Punkt müssen wir festhalten in den Schwankungen des Augenblicks. Wenn ein wohlgeordnetes Ministerium uns eine Vorlage dieses Inhalts in gründlich gearbeiteter und durchdachter Form vorlegte, so würde ich sie mit ganz andern Augen ansehen, wie jetzt; so lange diese Voraussetzung nicht eintrifft, muß ich auch den Punkten widersprechen, die ich sonst zuzugeben geneigt sein würde. Ich muß weiter mich dagegen aussprechen, daß die Forderung für den Vizepräsidenten allein bewilligt wird; dadurch würde das Herrenhaus, wenn nicht formell, so doch materiell geschädigt werden, es könnte sich nicht über die ganze Vorlage auslassen und das Recht will ich diesem Faktor der Gesetzgebung doch wahren. Der konservative Herr Vorredner hat so schöne Ermahnungen an die nationalliberale Partei gerichtet; ich möchte ihn doch bitten, seinen eigenen Prinzipien mehr zu folgen und die Gesetzgebung der letzten Zeit von konservativen Gesichtspunkten aus zu revidiren. Wenn Herr v. Rauchhaupt gesagt hat, seine Partei könne die Konservativen aus den neuen Provinzen nicht brauchen, so wird man sich diesen Denkzettel in den neuen Provinzen merken. (Hört! Hört!) Wenn Herr Virchow ein Programm des Ministeriums verlangte, so kann ich nur darauf aufmerksam machen, daß ein Ministerium nicht existirt und auf Grund von Gerüchten, welche Personen etwa in Aussicht genommen sein könnten, vermögen wir doch nicht zu diskutiren. Ich meine auch, Fürst Bismarck selbst ist ein Programm, das durch andere Minister nicht geändert wird. Was nun die Vorlage im Einzelnen betrifft, so ist bisher die Bewilligung der Besoldung für den Vizepräsidenten des Staatsministeriums von keiner Seite angefochten worden; für mich ist aber gerade dieser Punkt der wichtigste bezüglich der Unannehmbarkeit des Nachtragsetats. Durch diese neue Stelle wird der ganze organische Zusammenhang des Staatsministerium zerrissen; die Verantwortlichkeit zerfließt und ein kostbarster Satz unserer Verfassung, das festgeordnete Ministerium, geht verloren. Sachlich einverstanden bin ich mit der Uebertragung der Domänen und Forsten auf das landwirthschaftliche Ministerium, und ich lehne diese Position nur wegen meiner vorhin geäußerten Bedenken gegen die ganze Vorlage ab. Dagegen bin ich prinzipiell gegen die Schaffung eines besonderen Eisenbahnministeriums, denn ich will in keiner Weise eine Entwickelung befördern, welche das Eisenbahnwesen in der Hand des Staates konzentrirt und dahin drängt, die einzelnen Staaten ihrer Eisenbahnhoheit zu entkleiden. Will man Veränderungen so kardinaler Natur durchführen, dann entwerfe man ein Organisationsgesetz, aber lasse sich nicht durch die Bedürfnisse des Augenblicks leiten.

Damit schließt die erste Lesung; es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Abg. Lasker konstatirt, er habe den Ministerpräsidenten aus dem Stenogramm seiner Rede überzeugt, daß er seine bona fides nicht angezweifelt habe. Abg Virchow bemerkt gegen Rauchhaupt, daß die Fortschrittspartei niemals die Devise ausgegeben habe: „Diesem Ministerium keinen Groschen!" Dies habe vielmehr Herr Twesten gethan, die Fortschrittspartei habe immer zwischen ihren privaten Gefühlen und ihren politischen Pflichten unterschieden, wie auch Fürst Bismarck anerkannt habe. Wenn letzterer ihm vorwerfe, anwesende Minister immer anzugreifen und abwesende immer zu loben, so wäre es vielleicht angezeigt, wenn auch andere sich mehr des alten Wortes erinnern: de mortuis nil nisi bene (Bewegung.) Abgeordn. Rauchhaupt bemerkt gegen Windthorst, daß er unter den Konservativen, welche seine Partei nicht gebrauchen könne, Welfen verstanden habe, worauf Windthorst replizirt, daß Rauchhaupt ganz generell von Konservativen aus den neuen Provinzen gesprochen habe.

An die erste Berathung der Vorlage schließt sich, da kein Vorschlag, sie an eine Kommission zu verweisen, vorliegt, sofort die zweite, die Spezialberathung, und zwar zunächst der Positionen des Etats, welche die Verwaltung der Domänen und Forsten betreffen und die unverändert aus dem Etat des Finanz- in den des landwirthschaftlichen Ministeriums übertragen werden sollen.

Abg. Reichensperger ist an sich mit der Uebertragung der Domänen und Forsten auf das landwirthschaftliche Ministerium durchaus einverstanden, kann aber aus verfassungsmäßigen Gründen sein Votum in diesem Sinne nicht abgeben. Die Regierungsgewalt betreffs der Domänen und Forsten sei dem Finanzminister übertragen; sie lasse sich ihm durch einfache Etatsposition nicht abnehmen und einem andern Minister übertragen. Hierzu sei unbedingt ein Gesetz nothwendig. Man möge sich doch einmal die Konsequenzen der Vorlage klar machen. Durch einfache Amendirung des Etats würde dann das Abgeordnetenhaus von Jahr zu Jahr die ganzen Ressortverhältnisse ändern können.

Abg. Gneist: Der Herr Ministerpräsident hat in der letzten Woche folgende Erklärung abgegeben: „Ich habe mich seit 5 Jahren bemüht, gewisse Aenderungen in unserer Eisenbahnpolitik und Gesetzgebung herbeizuführen, auf welchen ich aus politischem Gefühl bestehen muß. Ich bin stets gescheitert an dem Widerspruch unserer Ressortverhälnisse, namentlich im Finanzministerium. Jetzt, wo der Finanzminister ausscheidet, muß ich den Zeitpunkt der Vakanz benutzen, um die, nach meiner Auffassung nothwendigen Aenderungen durchzuführen. Erledigen aber müssen wir sie, oder ich kann mit gutem Gewissen auf meinem Posten nicht bleiben." Nach dieser Erklärung des Minister-Präsidenten ist die Sachlage eine ganz andere geworden, als sie im Anfang der Sitzung war. Es handelt sich nicht mehr um die geschäftliche Behandlung eines Etatsnachtrags, sondern eine Ministerkrisis. Sobald der verantwortliche Träger der zeitigen Ministerpolitik erklärt, daß bestimmte Aenderungen in Personen, Ressortvertheilungen und Maßregeln für ihn unumgänglich nothwendig sind, so ist nach meiner Auffassung der Zeitpunkt eingetreten, in welchem das Ministerium in einer Reformation oder doch theilweisen Reformation begriffen ist. Für dieses Stadium hat der Parlamentsgebrauch besondere Regeln sanktionirt. Es ist Parlamentsgebrauch, in diesem Stadium zu pausiren, die königliche Ernennung abzuwarten, die Gesetzvorschläge und Maßregeln des neu konstituirten Ministeriums entgegenzunehmen, bis dies geschehen aber, eine Kritik von Maßregeln oder Personen zu vermeiden und der Neubildung kein Hinderniß zu bereiten. Auch das unpopulärste Minoritätsministerium in England hat stets mit Erfolg die Bitte ausgesprochen, die Maßregeln der neuen Verwaltung zu erwarten und dem neu konstituirten Ministerium einen fair trial zu gewähren. Es mag das als eine Rücksicht der Courtoisie erscheinen, welche uns nichts anginge. Allein das kgl. Ernennungsrecht der Minister, auf dem jener Gebrauch beruht, ist auch im Art. 45 als Gebrauch unserer Verfassung anerkannt, und es handelt sich dabei nicht sowohl um Courtoisie, als um eine sachliche Nothwendigkeit, weil ohne das in der Staatsregierung ein Interregnum, um nicht zu sagen Vacuum eintreten würde. Ich glaube nun versichern zu können, daß im Kreise meiner politischen Freunde das aufrichtigste Bestreben waltet, jede Rücksicht und Courtoisie gegen das Ministerium Bismarck walten zu lassen. Es sind aber die Rechtsverständigen, welche gegen ein solches Verhalten Bedenken erheben. Es müsse in diesem Falle der beabsichtigten Ressortveränderung ein Gesetz vorangehen. Kann ich hiernach die juristischen Bedenken gegen die beabsichtigten Maßregeln nicht theilen, so muß ich meinerseits sowohl juristische wie politische Bedenken dagegen erheben, wenn an die Bewilligung eines Ministergehalts und einer Wohnungszulage Voraussetzungen von solcher Tragweite geknüpft werden. Jede Aenderung des Ministerressorts würde sonst ähnlich einer Wahlkapitulation wirken und nur vor sich gehen um den Preis immer neuer Beschränkung der Befugnisse aus Art. 45 der Verfassungsurkunde. Wie sollte denn aber auch das Gesetz zu Stande kommen, welches die Trennung der Staatsaufsicht von der Eisenbahn-Verwaltung und ähnliche wünschenswerthe Aenderungen durchführt. Der Gesetz-Entwurf muß doch erst vom neuen Spezial-Minister ausgearbeitet, vom Gesammt-Ministerium solidarisch erwogen, angenommen und vom König genehmigt sein. Wie soll dies ermöglicht werden? Die früheren Minister wollen die beabsichtigte neue Maßregel nicht, die neuen Minister aber, die mit ihrer Sachkenntniß, mit dem Entschluß, mit der Verantwortlichkeit eintreten, die neue Maßregel mit ihren Konsequenzen durchzuführen und zu vertreten, können nicht eintreten, weil das Haus das Ministergehalt nicht bewilligt. Es entsteht dadurch der von dem Ministerpräsidenten ausgesprochene circulus inextricabilis. Die Meinung, daß eine solche Forderung eine praktisch ausführbare sei, beruht anscheinend auf der Voraussetzung, daß die gewünschten Aenderungen sich in wenigen Zeilen in Form eines Gesetzentwurfes vorlegen ließen. Allein, wenn die Regierung beabsichtigt, wie es der Minister Friedenthal bereits andeutet, die Staatsaufsicht über Eisenbahnen auf den Weg der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu leiten, so gewinnt die Sache eine ganz andere und sehr verwickelte Gestalt. Jede Anrührung der Organisationsfragen der Eisenbahnverwaltung führt unabweisbar zu den großen Vorfragen der Eisenbahn-Politik und damit zu den schwierigsten und streitigsten Erörterungen, die auch Verständniß mit dem deutschen Bundesrath voraussetzen. Wie aus diesem Zirkel herauskommen, vermag ich nicht abzusehen. Wohl aber ist das Resultat klar, daß, wenn ich die Bewilligung eines Ministergehalts von solchen Voraussetzungen abhängig mache, das Verhältniß der parlamentarischen Regierung sich umkehrt. Das Haus macht sich nicht schlüssig über die vom Gesammtministerium gemachten Vorlagen, sondern es disputirt über Ministerprogramme, ehe die Minister ernannt sind, und über hypothetische Vorlagen, ehe sie gemacht sind, wobei es denn auch unvermeidlich wird über die gute oder schlimme Physiognomie der zu erwartenden Minister sich auszusprechen. Wenn solche Diskussionen wirklich zum Majoritätsbeschluß in irgend einer Form führen, so engagirt sich damit das Haus nur Grundsätze und Maßregeln, zu deren Ausführung Niemand vorhanden ist, Niemand, der die Verantwortlichkeit dafür übernimmt, Niemand der die Genehmigung des Königs und die Zustimmung des anderen Hauses zu beschaffen sich verpflichtet. Dies ist die Sachlage, welche den Parlamentsgebrauch herbeigeführt hat, einem Ministerium in der Rekonstruktion kein Hinderniß zu bereiten und namentlich die zur Rekonstruktion erforderlichen Ministergehalte niemals zu versagen. Es ist dies eine formelle Bewilligung, durch die das Haus noch kein Vertrauensvotum ausspricht, keine Bewilligung irgend einer zukünftigen Maßregel, sondern nur ein zur Fortführung der Staatsgeschäfte nothwendiger Akt, ohne welchen die Minister des Königs die verfassungsmäßigen Gesetze des Ministerraths nicht fortzuführen vermögen. Ueber die Vorlagen und Maßregeln des neu konstituirten Ministeriums wird dem hohen Hause, wie jedem einzelnen Mitgliede sein vollkommen freies Urtheil bleiben, wie bisher. Dies für die Gründe, aus denen ich zu einem Ja sans phrase gelange.

Darauf wird die Sitzung auf heute Abend 7½ Uhr vertagt. Präsident von Bennigsen bemerkt, seine Absicht sei, die zweite Lesung heute zu Ende zu führen und die dritte Berathung auf Freitag anzuberaumen.

Telegraphische Nachrichten.

Zur orientalischen Frage.

Wien, 27. März. General Ignatieff hatte Mittags eine Konferenz mit dem Grafen Andrassy und wurde am Nachmittag von dem Kaiser in Audienz empfangen.

Wien, 27. März. Die Morgenblätter halten den Kongreß für gescheitert und betonen, an Oesterreich-Ungarn trete jetzt die Nothwendigkeit heran, an die Sicherstellung seiner Interessen zu denken. — Das „Fremdenblatt" wünscht der Mission des Generals Ignatieff eine Verständigung mit Oesterreich zu versuchen, den besten Erfolg, wiederholt aber, daß der Augenblick gekommen sei, wo Oesterreich daran denken müsse, die Vorsichtsmaßregeln zum Schutze seiner Interessen über seine Grenzen auszudehnen. — Die „Neue fr. Presse" bezeichnet als den Kernpunkt der Mission Ignatieffs, England zu isoliren; das „Neue Wiener Tageblatt" glaubt, Ignatieff sei gekommen, um den österreichischen Interessen wirklich gerecht zu werden; die „Deutsche Z." sagt, ein event. engl.-russ. Krieg biete Oesterreich Gelegenheit, Manches zu gewinnen, da Rußland eine unfreundliche Neutralität Oesterreichs zu fürchten hätte. — Die „Tagespresse" sieht in der Mission Ignatieff's den schlagendsten Beweis für die Richtigkeit der Auffassung des Grafen Andrassy, wonach Oesterreich bisher Nichts versäumt habe.

Wien, 27. März. Wie der „Polit. Korresp." aus Konstantinopel vom heutigen Tage gemeldet wird, verlautet daselbst in unterrichteten Kreisen, daß die Pforte, dem russischen Einflusse nachgebend, im Begriff stehe, ihren Botschafter in London, Musurus Pascha anzuweisen, das britische Kabinet unter Berufung auf die bestehenden Verträge um die Zurückziehung der englischen Flotte aus den Dardanellen anzugehen. — Großfürst Nikolaus ist gestern nicht nach San Stefano zurückgekehrt, sondern ist in Pera verblieben und hat auf seiner Yacht übernachtet. Heute dejeunirte derselbe bei dem Sultan und kehrt Abends nach San Stefano zurück. — Der petersburger Korrespondent der „Politischen Korrespondenz" bespricht die Mission des Generals Ignatieff nach Wien und meint, der General dürfte dort darauf hinweisen daß der Schlüssel der Situation, soweit es sich um die Eventualität eines Krieges handle, in Wien liege und daß England kein Zweifel darüber gelassen werden dürfe, daß es nicht auf Oesterreich zu rechnen habe.

Bukarest, 26. März. Die hiesigen Journale sprechen sich gegen die Bestimmung des Friedensvertrages aus, nach welcher die Russen noch 2 Jahre hindurch ihre Kommunikation durch Rumänien behalten und erinnern daran, daß die mit Rußland abgeschlossene Konvention vom 4. Juni v. J. nur für die Dauer des Krieges abgeschlossen worden sei und mit Beendigung des Krieges erlösche. Die Bestimmung sei um so lästiger, weil in Folge derselben die Straßen und die Eisenbahnen zum Nachtheile des Handels unaufhörlich gesperrt werden würden. — Die Deputirtenkammer hat dem Königreiche Italien dafür, daß dasselbe mit Rumänien keine Handelskonvention, sondern einen Handelsvertrag abgeschlossen und auf diese Weise die Unabhängigkeit Rumäniens anerkannt habe, seinen Dank votirt.

Konstantinopel, 26. März. Der Großfürst Nikolaus besuchte während seiner Anwesenheit hier auch die russische Botschaft, deren Wappen und Insignien heute zum ersten Mal von ihren bisherigen Verhüllungen wieder befreit waren.

Petersburg, 27. März. Die „Agence Russe" erwähnt eines hier umlaufenden Gerüchtes, wonach England Rußland den Krieg erklärt haben sollte und bezeichnet dieses Gerücht als unbegründet. Was den in der auswärtigen Presse aufgetauchten Vorschlag anlange, daß Rußland die Bestimmungen des Friedensvertrages, welche es als indiskutabel ansehe, von der Vorlage an den Kongreß offiziell eximiren solle, so sei es wenig wahrscheinlich, daß das beabsichtigte Resultat damit erreicht werden würde. Außerdem sei zu beachten, daß Rußland viel weiter gehe, da es doch die Diskussion aller Bestimmungen des Friedensvertrages auf dem Kongresse zulassen wolle.

Paris, 26. März. Wie der „Soir" meldet, wurde in einem heute stattgehabten Ministerrath aufs Neue beschlossen, strikte Neutralität zu beobachten, an dem Kongresse nur Theil zu nehmen, wenn alle Garantiemächte auf demselben vertreten wären und diese Haltung trotz aller Verführungen oder Drohungen zu bewahren.

Paris, 26. März. Der „Temps" meint, das Zustandekommen des Kongresses sei in Folge der Weigerung Englands gescheitert. Das Blatt fügt hinzu, Frankreich habe vom ersten Tage an erklärt, daß es nicht an dem Kongresse Theil nehmen würde, sofern nicht alle Signatarmächte des pariser Vertrages von 1856 auf demselben vertreten sein würden. Dem „Temps" zufolge hätte England ausdrücklich verlangt, daß das Programm für den Kongreß schriftlich aufgesetzt und der Genehmigung der Großmächte vor dem Kongreß unterbreitet würde.

London, 27. März. Die „Times" bringt in einer zweiten Ausgabe eine Depesche aus San Stefano über den Besuch des Großfürsten Nikolaus bei dem Sultan. In derselben wird hervorgehoben, daß der Empfang des Großfürsten durch den Sultan ein sehr herzlicher gewesen sei und daß bei demselben von beiden Seiten freundschaftliche Versicherungen ausgetauscht worden seien. Der Sultan habe dem Großfürsten erklärt, sein Wunsch sei, den Frieden mit seinem Nachbar, dem Kaiser von Rußland, zu erhalten. — Der konstantinopeler Korrespondent der „Times" meldet, der Großfürst Nikolaus habe ihn autorisirt, zu erklären, daß alle Gerüchte über einen angeblichen Vormarsch der russischen Truppen auf Belgrad unbegründet seien; es hätten nur einige aus Gesundheitsrücksichten gebotene Truppenbewegungen stattgefunden.

Mannheim, 27. März. Das hiesige Schwurgericht erkannte heute den Baron Linden aus Veranlassung der Broschüre „Der Europäische Krieg" des Hochverraths und der Beleidigung des Fürsten Bismarck schuldig und verurtheilte denselben zu einer Festungsstrafe von 2 Jahren und einer Gefängnißstrafe von 6 Monaten. Von der Anklage wegen Majestätsbeleidigung wurde Baron Linden freigesprochen. Der Mitangeklagte, Verleger Schabelitz, wurde wegen Beihilfe zu einer Festungsstrafe von 1¼ Jahren und einer Gefängnißstrafe von 3 Monaten verurtheilt. Gegen beide Angeklagte wurde in contumaciam verhandelt.

Rom, 27. März. Die Deputirtenkammer hat heute an Stelle Cairoli's den Deputirten Farini mit 174 Stimmen zu ihrem Präsidenten gewählt. Die Wahl der beiden Vizepräsidenten findet morgen statt.

New York, 27. März. Agenten der englischen Regierung sollen 18,000 Pferde in den West- und Süd-West-Staaten ankaufen als Remonte für die Kavallerie und Artillerie. Dieselben würden nach Kanada gesandt und von dort nach England weiter expedirt werden.

Berlin, 28. März. Das Abgeordnetenhaus setzte in der gestrigen Abendsitzung die Spezialdebatte der Nachtrags-Etatsvorlage fort, lehnte IVa. und damit die Abtrennung der Domainen und Forsten vom Finanzministerium und ebenso das Kapitel „Eisenbahnministerium" ab, genehmigte dagegen ohne Debatte das Gehalt des Staatsministeriumsvizepräsidenten. Die dritte Berathnng des Nachtragsetats findet Donnerstag Abend statt.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Produkten-Börse.

Berlin, 27. März. Wind: SW. — Barometer: 28 — Thermometer: 2° R. — Witterung: Hell.

Weizen loko per 1000 Kilogramm M. 180—220 nach Qualität gef., gelber russischer 203—206 ab Bahn bez., per diesen Monat —, per April-Mai 206,5 bezahlt, per Mai-Juni 208,5 bez., per Juni-Juli 211 bez., per Juli-August 211,5 bez. — Roggen loko per 1000 Kilogr. 137 bis 150 M. nach Qualität gefordert, russischer 137—142 ab Bahn bezahlt, inländischer 142—148 do., per diesen Monat —, per April-Mai 150,5—149,5 bez., per Mai-Juni 147—146 bez., per Juni-Juli do., per Juli-August do. — Gerste loko per 1000 Kilogramm M. 115 bis 200 nach Qualität gef. — Hafer loko per 1000 Kilogramm 95—165 nach Qualität gef., ost- und westpreußischer 120—143, russischer 110 bis 143, pommerscher 130—141, schlesischer 130—143, galizischer —, böhmischer 130—143, feiner russischer 146 bis 151 ab Bahn bez., per diesen Monat — bez., per April-Mai 139,5 bez., per Mai-Juni 141 bez., per Juni-Juli 144 bezahlt. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 155—195 nach Qualität, Futterwaare 136—153 nach Qualität. — Raps per 1000 Kilogramm —. — Rübsen — bez. — Leinöl loko per 100 Kilogr. ohne Faß 61 bez. — Rüböl per 100 Kilogramm loko ohne Faß 67,8 bez., mit Faß per diesen Monat —, per März-April —, per April-Mai 68—67,8 bez., per Mai-Juni 68 bis 67,9 bez., per Juni-Juli 67,5—67,4 bez., per Juli-August —, per September-Oktober 66,3—66,2 bez. — Petroleum (raffin.) (Standard white) per 100 Kilogramm mit Faß loko 24,4 bez., per diesen Monat 24 bezahlt, per März-April —, per April-Mai —, per September-Oktober 25,3 bez. — Spiritus per 100 Lit. à 100 pCt. = 10,000 pCt. ohne Faß 52 bez., per diesen Monat 51,6 bez., per März-April do., per April-Mai 51,6 bez., per Mai-Juni 52 bezahlt, per Juni-Juli 53 bezahlt, per Juli-August 54 bezahlt, per August-September 54,7—54,6 bezahlt. — Mais per 1000 Kilo loko alter 134 bis 144 bez., do. neuer —, defekter moldauer —, def. russischer —, geringer russ. —, rumänischer 134—140 ab Bahn bez., bessarabischer do., def. rumänisch. —. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogramm Brutto inkl. Sack per diesen Monat 19,95 bez, per März-April do., per April-Mai 20,5—19,95 bez, per Mai-Juni 20,20—20,15 bez., per Juni-Juli 20,35—20,30 bezahlt, per Juli-August 20,45—20,40 bez. — Mehl Nr. 0 28,00—27,00 Nr. 0 und 1 26,50—25,50. Roggenmehl Nr. 0 22,25—20,25, Nr. 0 und 1 19,75—17,75 per 100 Kilogr. Brutto inkl. Sack. (B.- u. H.-Ztg.)

Stettin, 27. März. An der Börse. (Amtlicher Bericht.) Wetter: Morgens trübe, Mittags klare Luft. + 4° R., Nachts — 1° R. Barometer: 28. 3. Wind: SW.

Weizen fest, per 1000 Kilo loko gelber geringer 175—183 M., mittel 185—202 M., feiner bis 209 M., weißer geringer 181—193 M., mittel 194—206 Mk., feiner bis 214 Mk., per Frühjahr 210,5—211 M. bez., per Mai-Juni 211—211,5 M. bez., per Juni-Juli 213 M. bez., per Juli-August 214 M. bez., per September-Oktober 212 M. Br., 211 M. Gd. — Roggen matt, per 1000 Kilo loko inländischer 134 bis 144 M., russischer 134—142 M., per Frühjahr 145—144,5 M. bez., per Mai-Juni 146—144,5—145 M. bez., per Juni-Juli 145,5—144 M. bez., per September-Oktober 145—144 M. bez. — Gerste matt, per 1000 Kilo loco Brau- 160—173 M., Futter- 120—136 Mk. — Hafer ruhig, per 1000 Kilo loko alter 146—156 Mk., neuer 120—135 Mk. — Erbsen geschäftslos. — Winterrübsen geschäftslos, per 1000 Kilo, per September-Oktober 300 M. — Rüböl geschäftslos, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 72,5 Mk. bez., per März 69,5 M. Br., per April-Mai 69,5 M. Br., per September-Oktober 66 M. Br. — Spiritus wenig verändert, per 10,000 Liter Proz. loko ohne Faß 50,5 M. bez., per Frühjahr 50,3 M. bez., Br. u. Gd., per Mai-Juni 51,2 Mk. bez., Br. u. Gd., per Juni-Juli 52,2 Mk. bez., per Juli-August 53,1 Mk. Br. und Gd., per August-September 53,5 M. bez. — Angemeldet: 3000 Ztr. Roggen. — Regulirungspreise: Weizen 211 M., Roggen 145 M., Rüböl 69,5 Mk., Spiritus 50,3 M. — Petroleum loko 11,8 Mk. bez., Regulirungspreis 11,8 Mk.

Heutiger Landmarkt pr. 1000 Kil.: Weizen 192—207 M., Roggen 138—144 M., Gerste 165—172 M. Hafer 135—140 M. Erbsen 148—148 M., Kartoffeln 54—63 M., Heu 2—2,5 M., Stroh 27 bis 30 M. (Ostsee-Ztg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen. 1878.

Datum.	Stunde.	Barometer 260' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
27. März	Nachm. 2	27" 10'''75	+ 3,9	W 2	trübe Cu-st.
27. "	Abnds. 10	27" 9'''68	+ 0,8	S 2	heiter St.
28. "	Morgs. 6	27" 8'''29	+ 7,3	S 2	bedeckt Ni.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 26 März Mittags 3,08 Meter
" " 27 " " 3,00 "

Berlin, 27. März. Die Meldungen der vorherigen Abendbörsen hatten etwas günstiger gelautet; die wiener Vorbörse sandte feste Haltung, und auch der hiesige Verkehr eröffnete fest, doch nicht höher als das Geschäft gestern geschlossen hatte. Einer günstigeren Gestaltung des Verkehres traten beunruhigende Meldungen aus London entgegen, und die andauernde Geschäftsunlust, welche nur wenige Papiere überhaupt in den Bereich ihrer Thätigkeit zog. Die Ultimo-Regulirung beschäftigt einen Theil der Spekulation vorzugsweise; auch sieht man der Prämienerklärung mit Spannung entgegen; besonders soll außer den Engagements in Kredit-Aktien in österreichischen und ungarischen Renten eine ziemlich schwache Hausse-Position bestehen. Der Geldstand bleibt flüssig, wenngleich Geldgeber etwas mehr zurückhaltend geworden sind, und der Deport steht noch immer bei der Prolongation im Uebergewicht. — Kredit-Aktien stellten sich etwa auf die Höhe des gestrigen Schlusses und zogen im Laufe der ersten Stunde ½ M. an; Franzosen, Diskonto Kommandit-Antheile und Laurahütte waren bei großer Vernachlässigung etwas niedriger. Russische Anleihen blieben ziemlich unverändert, russische Noten büßten etwa ⅛ M. ein. Doch befestigte sich auch auf diesen Gebieten die Haltung gegen die Mitte der Börsen-Zeit. Die fremden Renten blieben im ganzen unverändert und auch still; Loos-Effekten lagen fest. Eisenbahn-Aktien behaupteten sich bei geringem Geschäft schwach; rumänische fest. Bank- und Industrie-Papiere blieben vernachlässigt. Anlagewerthe fanden wenig Beachtung, lagen aber fest, namentlich deutsche Anleihen, Pfand- und Rentenbriefe. Prioritäten waren vernachlässigt, ausländische schwach behauptet. Die zweite Stunde verlief bei halbem Geschäft ziemlich fest. Ultimo handelte man Franzosen zu 428—7,50, Kreditaktien zu 388—7,50—9, Laurahütte zu 73,40 bis 3,50, Diskonto-Kommandit-Antheile zu 117—7,25—6,75—117. Wiener Glasindustrie zog 2 M. an, Glauziger Zuckerfabrik 1¼ Proz. Wilhelmine Victoria 1⅛, Egells ¼, Kramsta 2, Bergisch-Märkische Industriebank 1, Leipziger Wechslerbank 1, Antwerper Zentralbank verlor 2, Löwe 4,25, Schering 1½, Cichorien-Fabrik 1, Charlottenburger Pferdebahn 1½, Halberstädter 0,40. Der Schluß war ziemlich fest.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 27. März 1878.

Preußische Fonds und Geld-Course.

Consol. Anleihe	4½	105,00 bz B
do. neue 1876	4	96,60 B
Staats-Anleihe	4	96,25 bz
Staats-Schldsch.	3½	92,70 bz
Kur- u. Nm. Sch.	3½	
Od.-Deichb.-Obl.	4½	101,00 bz
Berl. Stadt-Obl.	4½	101,80 bz
do. do.	3½	90,00 bz
Cöln. Stadt-Anl.	4½	102,25 G
Rheinprovinz do.	4½	102,75 G
Schldv. d. B. Kfm	4½	101,50 G
Pfandbriefe:		
Berliner	4½	101,30 bz
do.	5	105,50 bz G
Landsch. Central	4	95,00 bz
Kur- u. Neumärk.	3½	85,10 bz
do. neue	3½	83,70 bz
do.	4	94,90 bz
do. neue	4½	102,50 B
N. Brandbg. Cred.	4	
Ostpreußische	3½	83,80 G
do.	4	95,00 bz
do.	4½	101,80 B
Pommersche	3½	[illegible] G
do.	4	94,00 bz
do.	4½	102,00 bz G
Posensche, neue	4	94,90 G
Sächsische	5	
Schlesische	3½	85,30 G
do. alte A. u. C	4	96,20 G
do. neue A. u. C.	4	95,00 B
Westpr. rittersch.	3½	[illegible]3,80 G
do.	4	96,00 G
do.	4½	101,25 bz G
do. II. Serie	5	104,90 bz
do. neue	4	
do.	4½	101,00 bz G
Rentenbriefe:		
Kur- u. Neumärk.	4	96,10 bz
Pommersche	4	96,10 bz
Posensche	4	95,90 bz
Preußische	4	95,90 G
Rhein- u. Westfäl.	4	98,70 bz
Sächsische	4	96,50 G
Schlesische	4	96,00 B
Sovereigens		20,35 G
Napoleonsd'or		
do. 500 Gr.		
Dollars		4,19 G
Imperials		16,67 G
do. 500 Gr.		
Fremde Banknot.		
do. einlösb. Leipz.		
Französ. Banknot.		81,30 bz
Oesterr. Banknot.		169,25 bz
do. Silbergulden		18[illegible],50 bz
Russ. Noten		209,65 bz

Deutsche Fonds.

B.-A. v. 55 a 100th.	3½	138,40 G
Hess. Prsch. a 40th.	—	242,25 bz
Bad. Pr.-A. v. 67	4	120,75 B
do. 35fl.-Obligat.	—	135,40 bz
Bair. Präm.-Anl.	4	120,75 bz G
Brschw. 20thl.-L.	—	81,80 bz
Brem. Anl. v. 1874	4½	101,80 G
Cöln-Md.-Pr.-A.	3½	110,90 bz B
Dess. St. Pr.-Anl.	3½	116,90 bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	107,60 bz
do. II. Abth.	5	106,10 bz
Hb. Pr.-A. v. 1866.	3	173,70 bz
Lübecker Pr.-Anl.	3½	169,75 B
Meckb. Eisenbsch.	3½	88 bz B
Meininger Loose.	—	18,60 bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	105,00 bz
Oldenburg. Loose	3	137,50 bz G
D. G.-C.-B.-Pf. 110	5	100,25 bz G
do. do.	4½	92,40 bz G
Dtsch. Hypoth. unk.	5	100,50 bz G
do. do.	4½	95,25 bz G
Mein. Hyp.-Pfd.	5	100,25 G
Nrdd. Grder.-H.A.	5	93,00 bz G
do. Hyp.-Pfdbr.	5	93,75 bz G
Pomm. H.-B. I. 120	5	98,00 G
do. II. IV rkz 110	5	92,50 bz G

Pomm. III. rz. 100	5	88,70 bz G
Pr. B.-C.-H.-Br. kd.	5	100,00 G
do. unk. rückz. 110	5	101,75 bz G
do. do. 100	5	100,60 bz G
Pr. C.-B.-Pfdb. kd.	4½	100,20 B
do. unk. rückz. 110	5	107,10 G
do. (1872 u. 74)	4½	
do. (1872 u. 73)	5	
do. (1874)	5	
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	95,00 bz G
do. do.	5	95,00 bz G
Schles. Bod.-Cred.	5	98,50 G
do. do.	4½	93,25 G
Stett. Nat.-Hyp.	5	96,50 bz G
do. do.	4½	95,50 bz G
Krupp'sche Oblig.	5	107,70 bz

Ausländische Fonds.

Amerik. rckz. 1881	6	101,70 bz
do. do. 1885	6	99,70 bz G
do. Bds. (fund.)	5	99,90 bz G
Norweg. Anl.	4½	
New-Yrk. Std.-A.	6	104,80 bz G
do. do.	7	108,00 bz
Oestr. Gold-Rente	4	61,90 bz
Oestr. Pap.-Rente	4½	52,00 bz G
do. Silb.-Rente	4½	55,10 bz G
do. 250 fl. 1854	4	
do. Cr. 100 fl. 1858	—	298,50 B
do. Lott.-A. v. 1860	5	104,00 bz G
do. do. v. 1864	—	248,50 bz
Ung. St.-Eisb.-Akt.	5	69,00 G
do. Loose.	—	148,50 B
do. Schatzsch. I.	6	100,00 B
do. do. kleine	6	100,00 bz B
do. do. II.	6	93,00 bz G
Italienische Rente	5	72,90 B
do. Tabak-Obl.	6	
do. do. Aktien	6	
Rumänier.	8	
Finnische Loose	—	37,10 bz
Russ.-Centr.-Bod.	5	
do. Engl. A. 1822	5	80,25 bz
do. do. A. v. 1862	5	81,00 bz
Russ.-Engl. Anl.	3	
Russ. fund. A. 1870	5	
Russ. conf. A. 1871	5	81,70 bz
do. do. 1872	5	81,70 bz
do. do. 1873	5	81,70 bz
do. Bod.-Credit	5	73,40 bz
do. Pr.-A. v. 1864	5	149,10 bz
do. do. v. 1866	5	148,00 bz
do. 5. A. Stiegl.	5	63,00 bz
do. 6. do. do.	5	79,25 bz B
do. Pol.-Sch.-O.	4	78,25 bz
do. do. kleine	4	77,40 bz
Poln. Pfdb. III. E.	5	63,75 bz
do. do.	4	
do. Liquidat.	4	55,90 bz
Türk. Anl. v. 1865	5	8,20 bz
do. do. v. 1869	6	
do. Loose vollgez.	3	

*) Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	
do. 100 fl. 2 M.	
London 1 Lstr. 8 T.	
do. do. 3 M.	
Paris 100 Fr. 8 T.	
Blg. Bkpl. 100 F. 8 T.	
do. do. 100 F. 2 M.	
Wien öst. Währ. 8 T.	168,90 bz
Wien öst. Währ. 2 M.	167,80 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	209,20 bz
do. 100 Rub. 3 M.	209,10 bz
Warschau 100 R. 8 T.	209,00 bz

*) Zinsfuß der Reichs-Bank für Wechsel 4, f. Lombard 5 pCt., Bankdisconto in Amsterdam 3, Bremen —, Brüssel 2½ Frankfurt a. M. 4½, Hamburg—, Leipzig—, London 2, Paris 2, Petersburg 6, Wien 4½ pCt.

Bank- und Credit-Aktien.

Badische Bank.	4	103,80 G
Bk. f. Rheinl. u. Westf.	4	35,30 G
Bk. f. Sprit- u. Pr.-H.	4	45,50 G
Berliner Bankverein.	fr.	39,00 G
do. Comm.-B. See	fr.	113,00 B
do. Handels-Ges.	4	66,00 bz G
do. Kassen-Verein.	4	146,00 G
Breslauer-Disc.-Bk.	4	59,25 B
Centralbk. f. Bauten	4	4,30 G
Centralbk. f. Ind. u. H.	fr.	70,90 bz
Cent.-Genossensch.-B.	fr.	11,50 G
Chemnitzer Bank-V.	4	76,75 bz
Coburger Credit-B.	4	69,90 bz
Cöln. Wechslerbank	4	67,00 bz B
Danziger Bank	fr.	27,00 bz G
Danziger Privatbank	4	103,25 G
Darmstädter Bank	4	107,75 G
do. Zettelbank	4	97,00 G
Dessauer Creditbank	4	60,00 B
do. Landesbank	4	110,25 bz G
Deutsche Bank	4	91,50 bz
do. Genossensch.	4	87,00 B
do. Hyp.-Bank	4	89,40 B
do. Reichsbank	4½	
do. Unionbank	fr.	17,00 G
Disconto-Comm.	4	116,75 bz
do. Pro.-Discont.	4	
Geraer Bank	4	76,00 G
do. Handelsbank	4	47,50 bz
Gew.-B. H. Schuster	fr.	
Gothaer Privatbank	4	86,00 G
do. Grundcreditbk.	4	102,25 G
Hypothek. (Hübner)	4	93,00 bz
Königsb. Vereinsbank	4	83,30 G
Leipziger Creditbank	4	103,25 bz G
do. Discontobank	4	61,50 B
do. Vereinsbank	fr.	
do. Wechselbank	fr.	42,00 bz G
Magdeb. Privatbank	4	105,25 B
Mecklenb. Bodencredit	4	63,50 bz
do. Hypoth.-Bank	4	60,50 bz
Meininger Creditbank	4	73,25 bz
do. Hypothekenbk.	4	93,00 bz G
Niederlausitzer Bank	4	79,00 G
Norddeutsche Bank	4	
Nordd. Grundcredit.	4	71,50 G
Oesterr. Credit	4	
do. Deutsche Bank	fr.	
Ostdeutsche Bank	fr.	
Posener Spritactien	4	40,00 bz G
Petersb. Discontobank	4	
do. Intern. Bank	4	90,00 G
Posen. Landwirthsch.	4	48,00 G
Posener Prov.-Bank	4	102,10 G
Preuß. Bank-Anth.	4½	
do. Bodencredit	4	95,10 bz
do. Centralboden.	4	116,50 G
do. Hyp. Spielh.	4	120,10 bz G
Product.-Handelsbank	4	81,75 G
Provinz.-Gewerbebk.	4	20,00 bz B
Rittersch. Privatbank	fr.	0,50 B
Sächsische Bank	4	103,60 G
do. Bankverein	fr.	
do. Creditbank	fr.	104,75 bz G
Schaaffhaus. Bankv.	4	53,60 bz
Schles. Bankverein	4	79,50 G
Schles. Vereinsbank	fr.	50,50 bz G
Südd. Bodencredit	4	112,00 B
Thüringische Bank	fr.	74,00 bz G
Vereinsbank Quistorp	fr.	0,10 G

Industrie-Aktien.

Brauerei Patzenhofer	4	95,00 G
Dannenb. Kattun	4	17,50 B
Deutsche Baugesl.	4	60,60 bz G
Deutsch. Eisenb.-Bau.	4	5,25 bz G
Dtsch. Stahl- u. Eisen.	4	
Donnersmarckhütte	4	22,50 G
Dortmunder Union	4	6,00 bz B
Egell'sche Masch.-Act.	4	13,00 bz B
Erdmannsd. Spinn.	4	10,50 G
Flora f. Charlottenb.	4	
Frist u. Roßm. Nähm.	4	
Gelsenkirch.-Bergw.	4	86,00 bz G
Georg-Marienhütte	4	65,00 B
Hibernia u. Shamr.	4	42,00 G
Immobilien (Berl.)	4	71,50 G
Kramsta, Leinen-F.	4	56 G
Lauchhammer	4	17,80 bz
Laurahütte	4	73,50 bz
Luise-Tiefbau-Bergw.	4	19,50 bz B
Magdeburg. Bergw.	4	119,00 G
do. Spritfabrik	4	
Marienhütte Bergw.	4	52,00 bz G
Massener Bergwerk	4	
Menden u. Schw. B.	4	51,00 G
Oberschles. Eis.-Bed.	4	31,25 bz G
Ostend	4	
Phönix B.-A. Lit. A.	4	42,00 G
Phönix B.-A. Lit. B.	4	25,00 B
Redenhütte	4	2,00 G
Rhein.-Naff. Bergwerk	4	79,00 G
Rhein.-Westfäl. Ind.	4	
Stobwasser Lampen	4	10,50 B
Union-Eisenwerk	fr.	0,60 G
Unter den Linden	4	14,25 bz
Berl. Bau-B.	fr.	65,00 G
Westend (Quistorp)	fr.	
Wissener Bergwerk	4	
Wöhlert Maschinen	4	8,00 bz B

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Aachen-Mastricht	4	18,75 G
Altona-Kiel	4	127,50 bz G
Bergisch-Märkische	4	74,50 bz
Berlin-Anhalt	4	88,00 bz
Berlin-Dresden	4	8,10 bz G
Berlin-Görlitz	4	14,80 bz B
Berlin-Hamburg	4	172,25 G
Berliner Nordbahn		
Brl.-Potsd.-Magdeb.	4	75,75 bz
Berlin-Stettin	4	103,00 bz G
Bresl.-Schw.-Freibg.	4	66,50 bz
Cöln-Minden	4	95,00 bz
do. Litt. B.		
Halle-Sorau-Guben	4	13,80 bz G
Hann.-Altenbeken	4	11,00 bz G
do. II. Serie		
Märkisch-Posener	4	18,30 bz
Magd.-Halberstadt	4	105,50 bz G
Magdeburg-Leipzig	4	
do. do. Litt. B.	4	
Münster-Hamm	4	
Niederschles.-Märkisch	4	97,00 G
Nordhausen-Erfurt	4	18,50 G
Oberschl. Litt. A. u. C.	3½	121,70 bz
do. Litt. B.	3½	114,60 bz
do. Litt. E	5	
Ostpreuß. Südbahn	4	57,60 bz
Pomm. Centralbahn	fr.	
Rechte Oder-Uferbahn	4	98,50 G
Rheinische	4	106,40 bz
do. Litt. B. v. St. gar.	4	93,50 bz B
Rhein-Nahebahn	4	9,00 bz G
Stargard-Posen	4½	100,80 bz G
Thüringische	4	111,70 bz
do. Litt. B. v. St. gar.	4	90,25 G
do. Lit. C. v. St. gar.	4½	100,25 bz G
Weimar-Geraer	4½	35,75 bz
Albrechtsbahn	5	15,20 bz G
Amsterdam-Rotterd.	4	114,50 bz
Aussig-Teplitz	4	132,00 G
Baltische	5	
Böhm. Westbahn	4	73,80 bz
Brest-Grajewo	4	39,00 bz
Brest-Kiew	4	58,25 G
Dux-Bodenbach	4	14,80 G
Elisabeth-Westbahn	5	70,60 B
Kaiser Franz Joseph	5	53,60 G
Galiz. (Karl Ludwig)	5	103,70 bz
Gotthard-Bahn	fr.	43,75 bz
Kaschau-Oderberg	4	43,40 bz
Ludwigsh.-Berbach	4	
Lüttich-Limburg	4	16,60 bz
Mainz-Ludwigshafen	4	
Oberhess. v. St. gar.	—	
Oestr.-frz. Staatsbahn	4	
do. Nordwestbahn	5	185,00 bz B
do. Litt. B.	5	69,00 bz
Reichenb.-Pardubitz	4½	32,75 bz
Kronpr. Rudolfsbahn	5	49,10 bz B
Rjask-Wyas	5	
Rumänier	4	24,75 bz G
Russische Staatsbahn	5	113,50 bz
Schweizer Unionbahn	4	6,25 bz G
Schweizer Westbahn	4	16,25 bz
Südösterr. (Lomb.)	4	
Turnau-Prag	4	33,75 G
Vorarlberger	5	46,00 bz
Warschau-Wien	4	157,00 B

Eisenbahn-Stammprioritäten.

Altenburg-Zeitz	5	
Berlin-Dresden	5	21,75 bz G
Berlin-Görlitzer	5	36,25 bz G
Berliner Nordbahn	fr.	
Breslau-Warschau	4	
Chemn.-Aue-Adorf	fr.	37,00 G
Crefeld-K. Kempen	5	
Gera-Plauen	fr.	
Halle-Sorau-Guben	5	35,25 bz G
Hannover-Altenbek.	5	23,50 bz G
do. II. Serie	5	
Leipz.-Gaschw.-Ms.	5	
Märkisch-Posen	5	77,30 bz G
Magdeb.-Halberst. B	3½	68,75 bz G
do. do. C.	5	99,10 bz G
Münster-Enschede	5	
Nordhausen-Erfurt	5	39,75 B
Oberlausitzer	5	
Ostpreuß. Südbahn	5	85,40 bz
Rechte Oder-Ufer-Bahn	5	107,25 bz G
Rheinische	4	
Rumänische	8	72,50 bz G
Saalbahn	5	15,50 G
Saal-Unstrutbahn	5	
Tilsit-Insterburg	5	
Weimar-Geraer	5	

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Aach.-Mastricht	4½	
do. do. II.	5	99,50 G
do. do. III.	5	
Berg.-Märkische I.	4½	101,00 G
do. II.	4½	101,00 G
do. III. v. St. g.	3½	85,75 bz G
do. do. Litt. B.	3½	85,75 bz G
do. do. Litt. C.	3½	78,40 bz
do. IV.	4½	
do. V.	4½	99,75 G
do. VI.	4½	99,75 G
do. VII	5	103,00 G
Aachen-Düsseldorf I.	4	
do. do. II.	4	
do. do. III	4½	
do. Düss.-Elb.-Pr	4	
do. do. II	4½	98,50 B
do. Dortmd.-Soest	4	
do. do. II	4½	
do. Nordb. Fr. W.	5	103,10 G
do. Ruhr-Cr.-K.	4	
do. do. II.	4	
do. do. III.	4	98,00 G
Berlin-Anhalt	4	
do.	4	100,50 G
do. Litt. C	4	99,40 bz G
Berlin-Görlitz	5	109,80 G
do. do. Lit. B.	4	89,50 bz G
Berlin-Hamburg	4	
do. do. II.	4	
do. do. III.	5	103,20 bz
Berl.-Potsd.-M. A. B.	4	
do. do. C.	4	92,50 G
do. do. D.	4½	98,90 bz
do. do. E.	4½	98,50 G
Berlin-Stettin I.	4	100,25 G
do. do. II	4	93,50 B
do. do. III.	4	93,50 B
do. IV. v. St. g.	4	102,2[illegible] B
do. VI. do.	4	93,25 bz G
do. VII.	4½	99,[illegible]0 bz G
Bresl.-Schw.-Freibg.	4½	
do. do. Litt. G.	4½	96,25 G
do. do. Litt. H	4	94,50 bz
do. do. Litt. I.	4½	94,50 bz
Cöln-Minden IV.	4	94,40 B
do. do. V.	4	92,30 bz G
do. do. VI	4	99,50 B
Halle-Sorau-Guben	4½	101,40 bz
do. do. C	4½	101,40 bz
Hannov.-Altenbek. I.	4	96,75 G
do. do. II.	4	93,75 G
do. do. III	4	95,[illegible] bz G
Märkisch-Posener	5	102,10 G
Magdeb.-Halberstadt	4	100,00 G
do. do. de 1865	4	99,50 G
do. do. de 1873	4½	98,75 bz B
do. Leipzig	4½	101,40 bz
do. do.	4	87,90 bz G
do. Wittenberge	4½	
do. do.	3	74,90 B
Niederschles.-Märk. I.	4	96,50 G
do. II. a 62½ Thlr.	4	95,00 G
do. Obl. I. u. II.	4	96,50 G
do. do. III. conv.	4	
Nordhausen-Erfurt I.	5	96,75 G
Oberschlesische A.	4	
Oberschlesische B.	3½	
do. C.	4	
do. D	4	
do. E.	3½	85,40 G
do. F.	4½	100,80 B
do. G.	4½	99,60 G
do. H.	4½	101,20 bz
do. v. 1869	5	101,00 G
do. v. 1873	4	91,40 bz G
Oberschles. v. 1874	4½	99,50 G
do. Brieg-Neisse	4½	
do. Cos.-Oderb.	4	
do. do.	5	
do. Niedschl. Zwgb.	3½	78,50 bz
do. Starg. Pos.	4	
do. do. II.	4½	
do. do. III.	4½	
Ostpreuß. Südbahn	4½	
do. Litt. B.	5	102,00 bz
do. Litt. C.	5	102,00 bz
Rechte-Oder-Ufer	5	99,75 B
Rheinische	4	
do. v. St. gar.	3½	87,25 G
do. von 1858, 60	4½	100,30 G
do. von 1862, 64	4½	100,30 G
do. von 1865	4½	100,30 G
do. 1869, 71, 73	5	103,80 B
do. v. v. 1874 77	5	103,80 B
Rh.-Nahe v. St. g.	4½	101,70 bz G
do. II. do.	4½	101,70 bz G
Schlesw.-Holstein.	4½	
Thüringer I.	4	
do. II.	4½	
do. III.	4	95,50 B
do. IV.	4½	
do. V.	4½	

Ausländische Prioritäten.

Elisabeth-Westbahn	5	69,50 G
Gal. Karl-Ludwig. I.	5	86,20 G
do. do. II.	5	85,30 G
do. do. III.	5	83,25 bz G
do. do. IV	5	82,50 G
Lemberg-Czernow. I.	5	65,25 bz G
do. II.	5	65,20 bz G
do. III.	5	59,70 bz G
do. IV.	5	56,90 bz B
Mähr.-Schles. Ctrb	fr.	18,00 bz G
Mainz-Ludwigsbahn	5	
do. do.	5½	
Oesterr.-Franz. Stsb.	3	329,00 bz
do. Ergänzungsn.	3	310,50 bz B
Oesterr.-Franz. Stsb.	5	95,40 G
do. II. Em	5	95,30 G
Oesterr. Nordwestb.	5	74,90 bz G
Oest. Nrdwstb. Litt. B.	5	65,75 bz
do. Geldpriorität.	5	
Kronpr. Rud.-Bahn	5	66,70 bz
do. do. 1869	5	63,20 bz B
do. do. 1872	5	62,80 bz G
Rab-Graz Pr.-A.	4	69,40 bz G
Reichenb.-Pardub.	5	63,00 G
Südösterr. (Lomb.)	3	235,60 bz G
do. do. neue	3	236,10 B
do. do. 1875	6	
do. do. 1876	6	
do. do. 1877	6	
do. do. 1878	6	
do. do. Oblig.	5	79,20 bz
Baltische, gar.	5	82,50 bz G
Brest-Grajewo	5	73,75 bz
Charkow-Asow. g.	5	
do. in Lstr. a 20,40	5	80,75 B
Charkow.-Krementsch.	5	84,00 G
Jelez-Orel, gar.	5	84,75 bz
Jelez-Woron., gar.	5	
Koslow.-Woron.	5	90,25 bz
Koslow.-Woron. Obl.	5	73,75 bz
Kursk-Chark. gar.	5	85,50 bz
K.-Chark.-As. (Obl.)	5	73,75 bz
Kursk-Kiew, gar.	5	92,00 bz
Losowo-Sewast.	5	73,75 bz
Mosco-Rjäsan, g.	5	99,00 G
Mosk.-Smolensk	5	85,60 bz
Schuja-Ivanowo	5	85,00 bz
Warschau-Teresp.	5	85,50 G
do. kleine	5	
Warschau-Wien II.	5	94,00 bz
do. III.	5	91,50 bz
do. IV.	5	82,00 G
Tarskoe-Selo	5	75,25 bz

Druck und Verlag von W. Decker und Comp. (E. Röstel) in Posen.